

Was fördert den Frieden im Nahen und Mittleren Osten?



Rückblick auf die Friedenskonsultation der Evangelisch-reformierten Kirche
in Kooperation mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und Reformiertem Bund

12.–14. Oktober 2015 im Jugendgästehaus, Lehrter Straße 68, Berlin

Beiträge, Impulse, Rezension und Rückmeldungen

Impressum

Evangelisch-reformierte Kirche
Saarstr. 6
26789 Leer
www.reformiert.de

Verantwortlich:
Hartmut Smoor, persönlicher Referent des Kirchenpräsidenten
Tel.: (0491) 91 98 115
Hartmut.Smoor@reformiert.de

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Mitte Oktober 2015 trafen sich in Berlin mehr als fünfzig Menschen aus unserer reformierten Kirche, Mitglieder des Moderaments der Gesamtsynode sowie der gesamtkirchlichen Ausschüsse „Frieden“, „Juden-Christen“, „Partnerschaft und Mission“ und „Theologie“. Das Thema der Konsultation: „Was fördert den Frieden im Nahen und Mittleren Osten?“ steht in allen diesen Gremien auf der Tagesordnung.

Referenten und sachkundige Gesprächspartner aus Politik, Kirche, Diakonie, Mission und Theologie waren dazu eingeladen worden. Die Konsultation wurde in Kooperation mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und dem Reformierten Bund durchgeführt. Hier noch einmal ein herzlicher Dank für die gute und förderliche Zusammenarbeit an Dagmar Pruin, Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen, an Achim Detmers, den Generalsekretär des Reformierten Bundes und an Mechthild Gunkel, Friedensbeauftragte des Reformierten Bundes.

Es waren intensive und dichte Stunden im Jugendgästehaus der Berliner Stadtmission. Das lag vor allem an dem so anspruchsvollen wie drängenden Thema.

Auch weil es aus äußeren Gründen nicht möglich war, über den Teilnehmerkreis hinaus weitere Interessierte einzuladen, haben wir in dieser Broschüre Beiträge zur Friedenskonsultation zusammengestellt. Wir bedanken uns bei allen, die nach der Konsultation noch die Mühe auf sich nahmen, ihre Gedanken aufzuschreiben, damit sie hier veröffentlicht werden können. Dieses Heft zu lesen, ist sicherlich eine gute Nachbereitung der Tage von Berlin und ein guter Einstieg in die facettenreiche Diskussion des Tagungsthemas.

Dennoch kann diese Publikation nicht als authentische „Dokumentation“ der Friedenskonsultation gelten. Wenn ein Impuls oder ein knappes Statement nicht verschriftlicht werden konnte, haben wir die Beteiligten gebeten, uns Veröffentlichungen zu nennen, die nun unter der Rubrik „lesenswerte Artikel“ erscheinen. So kann die Vielfalt der in die Friedenskonsultation eingebrachten Perspektiven doch noch ein wenig aufschimmern.

Unter dem Eindruck der Konsultation und im Blick auf die drängenden theologischen, ethischen und politischen Herausforderungen der gegenwärtigen Weltlage hat das Moderament der Gesamtsynode soeben beschlossen, erneut einen Prozess der synodalen Beratung in unserer Kirche anzustoßen: zur Friedensthematik im Allgemeinen und zu Fragen im Umfeld des Israel-Palästina-Konflikts im Besonderen. Es ist geplant, dass sich schon die nächste Gesamtsynode der Evangelisch-reformierten Kirche im Herbst 2016 mit dieser Thematik befassen soll. Auch dazu leistet dieses Heft nun einen Beitrag.

Hartmut Smoor, Pastor
persönlicher Referent des Kirchenpräsidenten

Leer, Juni 2016

Inhaltsangabe

1. Das Programm	5
2. Einbringungen	
a) Martin Stöhr, Zwischen dem Existenzrecht für den Staat Israel und dem gerechten Frieden für Palästina	7
b) Karsten D. Voigt, Der Konflikt Israel-Palästina im Horizont der Kräfteverhältnisse im Nahen und Mittleren Osten	15
c) Henning Flad, Antisemitismus als Traditionsbestandteil des Christentums	16
3. Impulse	
a) Jens Nieper, Wir brauchen eine Querschnittssolidarität	21
b) Katja Dorothea Buck, Der Leib leidet nicht - Deutsche Wahrnehmungsdefizite beim Thema Christen im Nahen Osten	23
4. Rezension	
Gerd Naber, Die Geschichte des anderen kennen lernen	25
5. Resonanzen	
a) Mechthild Gunkel, Bündelung und Feedback	27
b) Ulf Preuß, Zwischen Hoffnung, Illusion und Komplexität	28
c) Christine Kimmich	30
d) Paul Oppenheim	31
e) Reinhold Robbe	32
f) Martin Heimbucher, Konsequenzen aus der Berliner Friedenskonsultation	32
6. Lesenswerte Artikel zum Thema	
a) Ulrich H. J. Körtner, Neuer Streit um die Friedensethik	37
b) Karin Kneissl, Naher Osten: Einstürzende Staatsgebilde	41
c) Shimon Stein, Am Ende stünde ein Blutbad	43
d) Lena Altman, Interview mit Shimon Stein, 50 Jahre Israel und Deutschland	45
e) Jutta Weduwen, Schon vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen waren Freiwillige da	46
f) Nahost-Konflikt kein Blitzableiter für eigene Geschichtsbearbeitung Erklärung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zur Situation in Israel und Palästina (2002)	50
g) Khouloud Daibes, Wir vertrauen auf die besondere Rolle Deutschlands.....	52
7. Die Autorinnen und Autoren	54

1. Das Programm

Montag, 12. Oktober 2015

13.30 Uhr **Begrüßung, Einstimmung** (Martin Heimbucher)
„Die Frage, die ich mitbringe!“

15.00 Uhr **Ein kritischer Blick auf die Debattenlage in der evangelischen Kirche
-Zwischen dem Existenzrecht für den Staat Israel und dem gerechten Frieden für
Palästina-**
Podiums-Diskussion mit Statements
Moderation: Martin Heimbucher
Statement: Ulrich H.J. Körtner

Pause

Martin Stöhr:

Zwischen dem Existenzrecht für den Staat Israel und dem gerechten Frieden
für Palästina

Henning Flad:

Antisemitismus/Anti-Judaismus in den Konflikten der Gegenwart

Reinhold Robbe:

Der Streit um die Akzeptanz des Staates Israel

18.15 Uhr **Abendessen**

19.30 – 21.45 Uhr **Zur Lage der Christen im politischen und religiösen Kontext des Mittleren
Ostens**

-Was hilft dem Frieden: Empathie – Solidarität – Diakonie – Bildung?-

Moderation: Hartmut Smoor

Grußwort von Frau Dr. Khouloud Daibes, Botschafterin der Palästinensischen Mission in Deutschland

Grußwort von Herrn Yakov Hadas-Handelsman, Botschafter des Staates Israel in Deutschland (angefragt)¹

20.00 Uhr **„Was wollen wir hier für da?“ Und: „Wie kann dort fruchtbar werden, was wir hier
erarbeiten?“** (Die Frage der Perspektive)
Podiums-Diskussion mit Statements
Moderation: Hartmut Smoor
Jens Nieper, Katja Buck, Ulrike Wohlrab

20.45 Uhr **Buchempfehlung:** Lesebuch Israel-Palästina, Die Geschichte des anderen kennen lernen, Israel und Palästina im 20. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt/M., 2015
Einbringung: Gerd Naber

21.45 Uhr **Abendsegen** (Thomas Fender)

gemütliches Beisammensein

¹ Leider musste der Botschafter seine Teilnahme kurzfristig absagen.

Dienstag, 13. Oktober 2015

- 9.00 Uhr **Morgensegen** (Bernhard Schmeing)
- 9.15 Uhr **Der Konflikt Israel-Palästina im Horizont der Kräfteverhältnisse im Nahen und Mittleren Osten**
Moderation des Vormittages: Alexander Hasgall
Statements: Shimon Stein und Karsten D. Voigt
Moderiertes Gespräch zwischen den Herren Stein und Voigt
- 11.00 Uhr Gitta Connemann, MdB: „Die Rolle der Vereinten Nationen im Nahostkonflikt“
Volker Beck, MdB
- 12.30 Uhr **Mittagessen**
- 15.00 Uhr **Israelsolidarität und Nahostkonflikt**
-Erfahrungen und Impulse aus fünf Jahrzehnten Israelarbeit bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste-
Moderation: Dagmar Pruin
Jutta Weduwen, Elke Gryglewski, Lukas Welz, Martin Stöhr
- 18.15 Uhr **Abendessen**
19.30 Uhr **„Der leere Raum – Misstraut den Grünanlagen“**
-Abendliche Exkursion zu Orten jüdischen Lebens in der Mitte der Stadt Berlin-
Leitung: Dagmar Pruin

Gemütliches Beisammensein

Mittwoch, 14. Oktober 2015

Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

- 10.00 – 11.30 Uhr **Gespräch im Auswärtigen Amt** zur Syrienpolitik Deutschlands
Nina Horr , Syrien-Referat
- 12.00 Uhr Deutsche Parlamentarische Gesellschaft (hinterer Reichstag, Friedrich-Ebert-Platz 2, 10117 Berlin), eigener Raum
- Bündelung und Feedback**
Impuls: Mechthild Gunkel
- Schlussworte und Reisesegen:** Martin Heimbucher
- 12.30 Uhr **Mittagessen** in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Individuelle Heimreise

2. Einbringungen

a) Martin Stöhr,

Zwischen dem Existenzrecht für den Staat Israel und dem gerechten Frieden für Palästina

Ein kritischer Blick auf die Debattenlage in der evangelischen Kirche,

Thesen zum Einstieg in die Debatte

I VERLERNEN

Seit der christlichen Antike wird Jerusalems Zerstörung und Israels Vertreibung aus Erez Israel im Jahr 70 bzw. 135 nChr, der Verlust seiner Staatlichkeit sowie die Diaspora- und Paria-Existenz unter anderen Völkern als Strafe Gottes für die Kreuzigung Jesu gedeutet. In einer Art historischem Materialismus stehen diese jüdischen Erfahrungen als christliche Beweise „für ihre (der Juden) Bosheit und unsere Wahrheit“ (Augustinus).²

Bei diesem christlich definierten Einschnitt in die Geschichte Gottes von der nicht mehr guten Schöpfung zur neuen Schöpfung bleibt unberücksichtigt jedoch, (a) dass die Christusgeschichte mehr ist als eine Kalendermarkierung, (b) dass zZt der Kreuzigung Jesu die Mehrheit des jüdischen Volkes - wie heute - in der Diaspora lebte, (c), dass die sog. Strafen „Gottes“ von eben den Menschen und Machtssystemen als Strafe benannt und exekutiert, die als Täter das jüdische Leiden theologisch anstelle der Opfer begründeten und legitimierten. Ich nenne Babylon, Rom oder die christliche Mehrheitsgesellschaft. Christlich geschah das fatalerweise unter Berufung auf alt- wie neutestamentliche Worte. Dabei wurde (c) übersehen, dass alle Drohformulierungen Gottes oder Jesu gegen Israel, die Juden oder Gottes Volk, auch die härtesten, immer prophetische Umkehrrufe und nicht definitive Jüngste-Gerichts-Urteile waren.

Natürlich gibt es die Vorstellung einer göttlichen Strafe „für unsere Sünden“ auch in zeitgenössischen jüdischen Dokumenten der Propheten, apokalyptischer Texte und des Neuen Testaments. Keiner dieser biblischen und zwischentestamentlichen Texte spricht aber davon, dass Gottes Berufung und sein Bund von Israel gekündigt und exklusiv auf die Christenheit übergegangen seien. Keiner der biblischen Texte redet von einem Entzug der göttlichen Bundestreue gegenüber Israel. Das wird deutlich in den Israel bleibenden Hoffnungen, zB auf ein noch ausstehendes, universales Heilshandeln Gottes, wie es zB in der „Völkerwallfahrt zum Zion (Jes 2) festgehalten wird. Israel ist das „Licht der Völker“. Wozu ist es das? Damit universal „mein Heil reiche bis an das Ende der Erde“ (Jes 49, 6).³ Die unvollkommene Verwirklichung des göttlichen Heils in seinem Volk und in den Völkern zeigt ihnen beiden – wenn auch unterschiedlich – dass sie noch unterwegs sind zur Vollendung des Gottesreiches.

II EIN PAAR TRÄUMER

Erez Israel, das Heilige Land wird, nicht erst mit dem Ende von Byzanz, zu einem christlichen Sehnsuchtsort und Pilgerziel. Christliche Landkarten, zahllose Klöster im Heiligen Land sowie Pilger belegen, dass Erez Israel auch für die Christenheit von zentraler Bedeutung ist – als Ort wo Jesus starb und lebte. Die Kreuzzüge wurden zur Perversion christlichen Pilgerns, weil sie ein von „Un-

² Zitiert nach Heinz Schreckenberg, Die christlichen Adversos-Judaeos-Texte und ihr literarisches und historisches Umfeld (1.11.Jh), Frankfurt am Main und Bern 1982, S. 358

³ Eine umfassende Sicht der jüdischen und christlichen, gar nicht monothematischen Deutungen bietet Heinz-Martin Döpp, Die Zerstörung Jerusalems und des Zweiten Tempels im Jahre 70, in den ersten dreihundert Jahren n.Chr., Tübingen und Basel 1998.

gläubigen“ gereinigtes Erez Israel als nur *ihr* Land wollten. Dasselbe Ziel verfolgte im Jahr 1009 Kalif Al Hakim, als er alle Synagogen und Kirchen der Stadt zerstören ließ.

Einige Stimmen aus der Christenheit, bezeichnender Weise vor allem aus der calvinistischen Tradition mit ihrer Hochschätzung des Einen Bundes und des Alten Testaments, seien zitiert:

Der hugenottische Offizier und Diplomat Isaac de la Peyrere (1596-1676) schreibt 1655: Für ihn ist das Land Israel „ein friedlicher, fester, ewiger Besitz, von einer durch Menschen nicht zu begrenzenden Dauer – ein wirklicher und aktueller Besitz, in den die Juden wieder eingesetzt werden müssen. Dieser Besitz kann nicht zugrunde gehen, denn Gott hat ihn versprochen und zugesichert. Diese Besitznahme sage ich, wird notwendigerweise bei der zweiten Staatsgründung der Juden stattfinden. Sie wird der Rückruf der Juden sein. Alsdann wird Gott mit starker Hand und ausgestrecktem Arm wiederkehren, um sein Volk in die Freiheit zurückzuführen.“⁴ Der Rückruf ist allein Gottes Sache. Isaac de la Peyrere glaubt in seiner Zeit bereits Zeichen des nahen Endes zu sehen, zu dem auch in Jerusalem die Vereinigung von Juden und Nichtjuden gehört.

Der Zeitgenosse und böhmische Pfarrerssohn Paul Felgenhauer, Wittenberger Theologe und Mediziner, (1593-1670) veröffentlichte 1655 „Die gute Botschaft für Israel“. Für ihn sind Juden und Christen „zwei Hölzer“ in Gottes Hand, die zu einem Ganzen zusammengefügt werden sollen, so wie Israel und Juda einmal eine Einheit waren. Seine Vorstellung von Kirche ist äußerst kritisch gegen jede verfasste Kirche, sie rechnet mit der unsichtbaren Gemeinde Jesu Christi. „Bei seiner Ankunft in Herrlichkeit“ wird der Messias die Juden und die Christen erlösen. Beide bedürfen der Bekehrung. Das wird verbunden sein mit der Rückkehr der Juden „in das eigene Land, das er uns in *unseren* Vätern Abraham, Isaak und Jakob zugeschworen und versprochen hat.“⁵

Am 28. Februar 1841 verfasste in der Nähe von Dublin eine christliche Versammlung, unterstützt vom Moderator der Schottischen Reformierten Kirche, einen Brief an Premierminister Palmerston: „Wir erlauben uns, E. Gnaden, in Erinnerung zu bringen, dass das Land Palästina vom Herrn des Weltalls den Nachkommen Abrahams zum ewigen, unveräußerlichen Eigentum vor etwa 4000 Jahren verliehen wurde.“ Daraus folge, dass „keine Eroberung und keine Traktate diesen Anspruch vernichten können.“ Wie einst Kyros die Juden aus dem Babylonischen Exil zurückführte, so solle die britische Regierung auch handeln.⁶ Das Land blieb wie Syrien ein Teil des Osmanischen Reiches. Nur ein anglikanisch-protestantisches, ein britisch-preußisches Bistum wurde errichtet (bis 1886).

William Hechler, Prinzenerzieher beim badischen Großherzog, später Pfarrer an der britischen Botschaft in Wien, entdeckte dort Herzls Schrift „Der Judenstaat“ (1896). Dessen Vorstellungen faszinierten ihn, er nahm Kontakt zu Herzl auf, der anfangs skeptisch war. Beide, bald befreundet, hofften jedoch auf den badischen Großherzog, Schüler von Reverend Hechler und Onkel von Wilhelm II. Könnte dieser nicht helfen, das neue Israel auszurufen, so wie 1871 der damalige badische Großherzog Wilhelm I als deutschen Kaiser in Versailles ausrief? „Die Juden werden zur Grande Nation werden!“ Hechler glaubte an das Nahen der Endzeit und an die Notwendigkeit, zuvor die Juden wieder in ihrem Land zu sammeln. Sein politischer Zionismus, der ihn auch zum Teilnehmer am ersten Zionistenkongress in Basel 1897 machte, war religiös begründet wie bei vielen christlichen Zionisten heute.⁷

Ein nicht nur in den USA stark verbreiteter christlicher Zionismus äußert sich in deutschen Missionsschriften - zB durch die Gründerin der Marienschwesternschaft, Mater Basilea Schlink oder den holländischen Evangelisten Petrus Huygens und zahlreichen evangelikalen Flugblättern – benutzt die Rückkehr der Juden ins Land der Väter als Beweis für die Zuverlässigkeit prophetischer Weissa-

⁴ W. P. Eckert in Martin Stöhr (Hg), Zionismus. Beiträge zur Diskussion. München 1980, S. 123f

⁵ A.a.O., S. 126

⁶ A.a.O., S. 129

⁷ W.P.Eckert, Streiflichter auf die Geschichte des christlichen Zionismus, In: Martin Stöhr (Hg), Zionismus. Beiträge zur Diskussion, München 1980, S. 131f

gungen. Propheten werden in diesem „historischen Materialismus“ zu Wahrsagern, nicht zu kritischen Sägern hoffnungsvoller und kritischer Wahrheiten Gottes. Ihre Vorhersagen beweisen zählbar die Zuverlässigkeit und Wahrheit der Bibel.

Als 1948 der Staat Israel ausgerufen wurde, erinnerte er in seinem Gründungsdokument an die Kontinuität, in der das Volk und das Land Israel zusammengehören – trotz der gewalttätigen Verfolgungen und Ermordungen: „In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt...hier lebte es in ein Leben in staatlicher Unabhängigkeit und schenkte der Welt das unsterbliche Buch der Bücher.“ Es hörte niemals auf, „um die Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit zu beten und auf sie zu hoffen.“ Die Selbstverpflichtung steht in derselben Urkunde: „Friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen“ wolle man „allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringen.“ Ebenso „strecken wir allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen.“

III EIN BLICK IN DIE ÖKUMENE

Es ist sinnvoll, im Zusammenhang mit deutschen evangelischen Stellungnahmen auf den Ökumenischen Kontext hinzuweisen, in dem sie erwachsen, nachdem es weder im Stuttgarter Schuldbekennnis 1945, einem ökumenischen Türöffner, noch im Darmstädter Wort 1947 eine namentliche Erwähnung des jüdischen Volkes und der deutschen Schuld ihm gegenüber gab.

1. Eine Erklärung zum jüdischen Volk legte 1946 der im Aufbau befindliche, damals protestantisch-angelsächsisch dominierte Ökumenische Rat der Kirchen auf seiner ersten Sitzung (seit 1939) vor. Er bringt „seine tiefe Abscheu über die noch nie dagewesene Tragödie zum Ausdruck“ und versichert den „überlebenden Brüdern“ seine Solidarität. Man bekennt „bußfertig das Versagen der Kirchen.“ gegenüber dem Antisemitismus; er bedrohe Juden wie Christen. Zur Hilfe für die „Entrechteten und Verfolgten“ wird ebenso aufgerufen wie zu einer Unterstützung für die Bestrebungen der Überlebenden, „neue, für sie annehmbare Heimstätten zu finden.“ Der englische Text benutzt hier das Wort „Homeland“ aus der Balfour-Declaration von 1917.⁸

Dem ging in Genf voraus eine sehr enge, nie wieder erreichte Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Weltkongress (Vorsitz: Nahum Goldmann, New York) und seinem Generalsekretär Dr. Gerhard Riegner, einem in Berlin promovierten Juristen. Die Gesprächspartner auf evangelischer Seite waren Willem Visser Visser't Hooft, der vorläufige, später langjährige Generalsekretär des ÖRK und Pfarrer Dr. jur. Adolf Freudenberg, 1934 als Legationsrat im Auswärtigen Amt entlassen, weil „jüdisch versippt“, nach einem Theologiestudium 1938 durch Bekennende Kirche ordiniert. Nach der Reichspogromnacht musste er emigrieren und wurde Flüchtlingsbeauftragter des ÖRK in Genf. Beide „Weltbünde“ beschlossen 1943, als längst die ersten Nachrichten über die deutschen Vernichtungslager über Genf nach London und Washington – echolos – weiter gegeben wurden, eine gemeinsame Aktion, wie sie „niemals zuvor geschehen war“, nämlich die Staaten außerhalb der von Deutschland besetzten Gebiete aufzufordern, deutsche Zivilpersonen festzuhalten und nur im Austausch gegen bedrohte Juden freizugeben. „Zum ersten Mal hatte eine repräsentative christliche Institution zusammen mit einer jüdischen Weltorganisation sich offiziell und öffentlich für das jüdische Volk eingesetzt. Freudenberg selbst grüßte seinen jüdischen Weltbündkolle-

⁸ Rolf Rendtorff und Hans Hermann Henrix (Hrsg), Die Kirchen und das Judentum Dokumente von 1945-1985, Paderborn und München 1988, S. 324f. Im Folgenden zit. unter „Dok I. S. bzw Dok II, aus dem 2. Band: Hg von Hans Hermann Henrix und Wolfgang Kraus, Dokumente II von 1986-2000, Paderborn und Gütersloh 2001.

gen Riegner zur Jahreswende mit einem Gebet um Segen für Gottes Volk, das mit den Zeilen endet „Schalom alechem! Kommt zu Gottes Ruh / Im Heiligen Land. Er schau Euch gnädig zu, / Wenn Ihr mit Fleiß dem Pflug das Land gewinnt / Und wirkt, dass in der Wüste Wasser rinnt.“⁹

Bei der Gründung des ÖRK in Amsterdam (August/September) 1948, wurde der wenige Monate vorher ebenfalls neu gegründete Staat Israel unter dem Aspekt erwähnt: „Wir sehen, dass die Schaffung des Staates ‚Israel‘ dem christlichen Ringen mit dem jüdischen Problem eine neue, politische Dimension verleiht.“ Weiter, ein „Urteil über die politischen Seiten des Palästinaproblems und den verwickelten Gegensatz hier berührter ‚Rechte‘ abzugeben“, maße man sich nicht an. „Welche Stellung man auch zu der Schaffung eines jüdischen Staates und zu den in Frage stehendem ‚Recht‘ und ‚Unrecht‘ von Juden und Arabern, Judenchristen und arabischen Christen einnehmen mag – die Kirchen haben die strenge Pflicht, für eine Ordnung in Palästina zu beten und zu arbeiten, die so gerecht“ wie möglich ist und allen Opfern des Krieges hilft. Vorher sprach bekannte man die Schuld, den „jüdischen Nächsten christliche Liebe“ und „gewöhnliche soziale Gerechtigkeit“ bewiesen zu haben. Zudem erhielten die Kirchen den Auftrag, (a) den Antisemitismus zu bekämpfen, denn sie haben „ein Bild des Juden als des alleinigen Feindes Christi entstehen lassen“, das den Antisemitismus förderte. (b) zur christlich-jüdischen Zusammenarbeit und (c) die Probleme zu bearbeiten, die „die durch die Errichtung des Staates Israel entstanden“.

Bei allen positiven Aspekten der Erklärung wird vom „jüdischen Problem“ für die Christen und nicht vom christlichen Problem für die Juden gesprochen, das mit dem Antisemitismus immerhin angesprochen wird. Der Völkerrecht setzende Beschluss der UNO vom November 1947 zur Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates sowie der Krieg der arabischen Nachbarn gegen den neuen Staat spielen keine Rolle. Eine nicht befragte Prämisse des Textes ist die Judenmission: „Der Messias, auf den ihr wartet, ist gekommen.“ Die bleibende Fortexistenz eines jüdischen Volkes ist in der „unveräußerlichen Treue und Barmherzigkeit Gottes“ nach Rö 11, 25-29 verankert; die Rettung ganz Israels wird nach der christlichen Messiasvorstellung gedacht.¹⁰

Auf der Vollversammlung des ÖRK in Evanston 1954 scheiterte eine Erklärung an dem Satz, der von der „Treue Gotte gegenüber Seinen Verheißungen“ und zugleich von der „Einheit der Geschichte Israels“ von damals bis heute spricht, am arabischen Einspruch. 24 Delegierte verabschiedeten ein Sondervotum, das „rein biblisch“ von der bleibenden Hoffnung Israels spricht und „nicht mit irgendeiner politischen Stellungnahme dem Staat Israel gegenüber verwechselt werden darf.“ Jesus wie alle Apostel und Propheten waren Juden. Die Kirchen sind eingepropft in den alten Baum Israel (Rö 11). „Jesus Christus erwarten heißt die Bekehrung es jüdischen Volkes erwarten, und Ihn lieben, heißt, sein Volk lieben.“ Wir können nicht „die Verheißung Gottes glauben und verkündigen, wenn wir sie nicht auch über dem Volk der Verheißung .die Abraham gegeben wurde, in Kraft sein lassen.“¹¹ Die deutschen Unterzeichner waren Heinrich Vogel, Edmund Schlink, Martin Niemöller und Gerhard Stratenwerth.

2. Die Niederländische Reformierte Kirche hatte schon 1951 als erste evangelische Kirche die Kirchenordnung geändert und der Judenmission *abgesagt*. An deren Stelle tritt das Gespräch mit Israel; Mission bleibt ein Auftrag in der Völkerwelt *und* als ständige Reformation

⁹ Gerhart M. Riegner, Im Anfang war die Tat, In: Martin Stöhr/Klaus Würmell (Hrsg), Adolf Freudenberg 1894-1994. Ein bemerkenswertes Leben. Frankfurt 1994, S.23f. Das Memorandum zum Tausch von deutschen Zivilpersonen in nicht von Deutschland besetzten Ländern gegen bedrohte Juden ist auf S. 92f. zu finden.

¹⁰ Dok I, S. 325

¹¹ Dok I, S. 330f

(ecclesia semper reformanda) in den entchristlichten Christenheit.¹² Dieselbe Kirche veröffentlichte 1970 eine „Handreichung“. Sie hält fest, dass die „einzigartige Bestimmung des jüdischen Volkes“ und die „einzigartige...Verbindung mit dem Land Palästina“ auch durch „die Ablehnung Jesu Christi keine Änderung“ brachte. Weiter heißt es dann, man wolle mit Israels „Rückkehr nicht den Gedanken verbinden, als sei damit die Endzeit angebrochen und als könne dieses Volk nie wieder aus dem Land vertrieben werden.“ Man sieht zwei Gefahren, Einmal, dass „die anderen Völker dem jüdischen Volk keinen Platz in ihrer Mitte gönnen“ oder dass „Israel, die neue Möglichkeit, seine Bestimmung im Land zu verwirklichen, nicht nutzen wird.“ Aber „beide Gefahren“ hindern nicht, die Rückkehr positiv zu sehen, als Bekräftigung der bleibenden Absichten Gottes.“ Staat und Staatsform werden dann durch die Überlegung relativiert: Jahrhundertlang lebte das jüdische Volk im Land ohne eigenen Staat. Gottes bleibende Berufung kennt keine bleibende Verbindung der unauflösbaren Verbindung von Land und Volk mit einem Staat oder einer Staatsform.¹³

3. Die Leuenburger Erklärung „Kirche und Israel“ entfaltet sorgfältig die theologischen und historischen Beiträge „der reformatorischen Kirchen Europas zum Verhältnis von Christen und Juden“.¹⁴ Vier Voraussetzungen der Arbeit werden genannt: (1) Es besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der Erwählung der Kirche und der Erwählung Israels, zwischen Altem und Neuem Bund: (2) Das Verhältnis zu Israel gehört für Christen und Kirchen unabdingbar zur Frage nach der Begründung ihres Glaubens. (3) In der Begegnung mit dem Lebenszeugnis der Juden werden die Christen Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten im Leben von Kirche und Synagoge entdecken. (4) Der Dialog von Juden und Christen lebt davon, dass beide das Zeugnis von der Erfahrung ihres Glaubens nicht zurückstellen und im Bemühen um gegenseitiges Verständnis aufeinander hören.“

Der Staat Israel kommt unter „Folgerungen für die Praxis der Kirchen“ in den Blick.¹⁵ Zugestanden wird, dass die Kirchen die „Frage, ob die Gründung und Existenz des Staates Israel auch für Christen eine theologische Bedeutung hat...unterschiedlich beantwortet wird“. Sie bleibt eine „Herausforderung.“ Sie liegt darüber hinaus in der zwei zu bearbeitenden Positionen: Zurückzuweisen sei „jede direkte politische Inanspruchnahme der biblischen Landverheißungen“ genauso wie sie „als überholt anzusehen.“ Eindeutig ist die Leuenberger Stellung, denn die Kirche ist „aus geschichtlichen und theologischen Gründen mit Israel in Solidarität verbunden.“ Das hat der umfangreiche Text dargelegt. Diese Solidarität gilt auch, wenn Kirchen zum arabisch-israelischen Konflikt und zu aktuellen politischen Entscheidungen der Regierung des Staates Israel kritisch Stellung nehmen.“ Daraus folgt: „Die Kirchen unterstützen alle Bemühungen des Staates Israel und seiner Nachbarn, insbesondere des palästinensischen Volkes, in gegenseitiger Achtung einen sicheren, dauerhaften und gerechten Frieden zu finden und zu bewahren.“

Dieser Leuenberger Text vermeidet eine judenmissionarische Haltung, eine fundamentalistische Inanspruchnahme der Bibel für aktuell politische Ziele sowie eine triumphalistische Position, als sei der christliche Messiasglaube am Ende der Tage garantiert siegreich.

IV EIN BLICK IN DEUTSCHE EVANGELISCHE KIRCHEN

¹² Dok. I, S. 447f

¹³ Dok. I, S. 473f

¹⁴ Helmut Schwier (Hg), Kirche und Israel. Ein Beitrag der reformatorischen Kirchen Europas zum Verhältnis von Christen und Juden, Leuenberger Texte Heft 6. Deutsch und Englisch. Frankfurt am Main 2001.

¹⁵ A.a.O, 1.1.3

1. 1950 wollte die Synode der EKD ein Wort zur Friedensfrage verabschieden. Durch eine Intervention, vor allem von Heinrich Vogel, wurde rasch klar, man könne zum Frieden nur etwas sagen, wenn zuvor zur „Judenfrage“ Position bezogen worden sei. Das geschah mit einer doppelten Aussage: Einmal: „Wir glauben, dass Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist.“ Das war eine deutliche Absage an die uralte kirchliche Lehre, dass mit der Kreuzigung Jesu durch die Juden die Erwählung Israels an die Christenheit übergegangen sei. Damit korrigierte man auch die jüngste Postauschwitz-Erklärung des Bruderrates der Bekennenden Kirche von 1948, wonach durch die Kreuzigung des Messias Israel selbst „seine Erwählung und Bestimmung verworfen“ habe. Zum anderen wurde unmissverständlich ausgesprochen, „dass wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist.“¹⁶
2. Der Staat Israel taucht zum ersten Mal in Lothar Reißigs Aufruf 1958 zur Gründung von Aktion Sühnezeichen auf, der von der EKD-Synode angenommen wurde: Sprachlich lehnt sich an das Stuttgarter Schuldbekennnis an, spricht von dem „unmessbarem Leiden der Menschheit“, um es sofort zu konkretisieren: „Deutsche haben in einem frevlerischen Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht.“ Man bittet, dass Menschen „für ein Jahr nach Polen, Russland oder Israel“ gehen dürfen, um durch Taten ein „Versöhnungs- bzw. ein Friedenszeichen zu errichten“.¹⁷ Neben Polen und Russland taucht der Staat Israel zum ersten Mal in einer deutschen evangelischen Erklärung, Staaten, die unter der Ermordung von Abermillionen Menschen litten.
3. Einer großen Öffentlichkeit wurde das Themenfeld „Juden-Christen-Deutsche“ auf dem Berliner Kirchentag 1961 in Vorträgen und äußerst lebhaften Diskussionen präsentiert. Zum ersten Mal sprachen Jüdinnen und Juden mit ChristInnen gleichberechtigt in den überfüllten Messehallen. Die immer als „Judenfrage“ traktierte Thematik wurde zum ersten Mal explizit als Christenfrage angesprochen. Deshalb erklärten nur die christlichen Teilnehmer der AG Juden und Christen: „Wo Juden unter uns leben, sind wir verpflichtet, ihr Leben und Wohlergehen nach bestem Vermögen zu fördern. Auch muss von uns Deutschen alles getan werden, was dem Aufbau und dem Frieden des Staates Israel und seiner arabischen Nachbarn dient.“¹⁸ Die aus den ersten ökumenischen Erklärungen bekannte Verantwortung für das Existenzrecht für das Jüdische wie für das palästinensisch-arabische Volk findet sich ab da in fast allen Erklärungen.
4. Wesentlich aus der Arbeit der AG Juden und Christen beim DEKT erwuchs eine EKD-Kommission, die eine Denkschrift erarbeiten sollte. Sie wurde im Mai 1975 als „Studie“ des Rates der EKD „Juden und Christen“ veröffentlicht.¹⁹ Sie legt die „gemeinsamen Wurzeln“ dar sowie das „Auseinandergehen der Wege“, um in der Skizze zu „Juden und Christen heute“ vom „heutigen Staat Israel“ zu sprechen: Er habe die Gestalt eines „modernen, säkularen Staates“, wie auch die jüdischen „Staatsbildungen des Altertums in den Formen ihrer Zeit organisiert“ waren. Als „politische Größe“ ...stellt er sich aber *zugleich in den Rahmen der Geschichte des erwählten Volkes*“. Zwei Faktoren führten zu seiner Gründung

¹⁶ Dok I, S. 540-544

¹⁷ Dok I, S. 550f

¹⁸ Dok I, S. 553

¹⁹ Dok I, S. 558

1948: Einmal die „jüdische Ansiedlung im Lande“ und die schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts dazu kommenden jüdischen Einwanderer, die vor dem europäischen Antisemitismus flohen, der seinen Tiefpunkt im „Massenmord am europäischen Judentum“ fand. Zum anderen die „über Jahrtausende durchgehaltene Sehnsucht nach Zion.“ Israel werde „in zunehmendem Maße zum geistigen Zentrum“ auch für die Diaspora. Es versteht sich für alle verfolgten Juden als Zufluchtsort.

Die UNO hatte im November 1947 die Teilung des von den Briten aufzugebenden Mandatsgebietes Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat beschlossen. „Die Christen“ haben „nach all dem Unrecht, das Juden – besonders durch Deutsche - angetan worden ist, die Verpflichtung, den völkerrechtlich gültigen Beschluss der Vereinten Nationen von 1947 zu anerkennen und zu unterstützen, der den Juden ein gesichertes Leben in einem eigenen Staat ermöglichen soll. Zugleich haben Christen sich aber auch nachdrücklich für einen sachgemäßen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen beider, der palästinensischen Araber und der Juden einzusetzen. Weder dürfen allein den palästinensischen Arabern die Folgen des Konfliktes auferlegt sein, noch darf allein Israel für die Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht werden. Darum müssen an den Bemühungen um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten auch die unmittelbar Beteiligten sind. Die Mitarbeit an diesen Aufgaben können sich Christen, gerade auch in Deutschland, nicht entziehen. Sie werden dabei auch den Kontakt zu den arabischen Christen verstärken müssen, die durch den Konflikt in eine besonders schwierige Lage gebracht worden sind.“

5. Der Rheinische Synodalbeschluss 1980 und andere Beschlüsse von Synoden

V SKIZZEN FÜR ABSCHLIESSENDE THESEN UND KEIN FAZIT

In der Diskussion um das in der Schoah zerstörte Verhältnis von Kirche und jüdischem Volk und Staat Israel sehe ich folgende Lernschritte:

1. Theologische Aussagen zu Israel enthalten immer auch politische Aussagen und umgekehrt. Auch Nichtaussagen sagen etwas aus über ein Verständnis Israels.
2. Israel meint in der Kontinuität das jüdische Volk seit biblischen Zeiten bis heute. Trotz aller Vertreibungsversuche lebt es immer im Lande Israel und in einer weltweiten Diaspora.
3. Theologisch wie politisch ist es bestimmt durch die ihm von Gott gegebenen und bleibenden Verheißungen und Berufungen. Sie stellen sich dar in Bundesschlüssen mit den Ureltern, beginnend mit Abraham, Sara und Hagar, bekräftigt in der Tora und den Propheten und durch Jesus Christus nicht ausgehebelt.
4. Israels Berufung durch Gott ist nicht in Israels Qualitäten begründet, genau so wenig wie die Berufung des Juden Jesus zum Messias und der Kirche zu seiner Dienstgestalt (Leib). Beide Berufungen sind unableitbar und in Gottes freier Wahl zum Besten der Welt getroffen.
5. Israel ist nicht nur eine Konfession (wie evangelisch, katholisch, mosaisch). Es ist ein Volk, ein Land, in biblischen Zeiten und heute auch ein Staat. Dessen Gestalt und Regierungspolitik sind nicht theologisch zu legitimieren. Israel meint das Land Israel („Zion“), dessen Umfang theologisch biblisch nicht festliegt.

Drei Fehldeutungen, die oft von außen auf Israel projiziert werden, sind zu verlernen:

1. Erwählung/Berufung konstituiert keine Elite, sondern einen Dienstauftrag, der von drei handlungsorientierten Leitbildern in den biblischen Geschichten bestimmt werden: *lieben/barmherzigsein, Gerechtigkeit üben und befreien* bestimmt sind.
2. Mit dem Auftreten des Juden Jesus von Nazaret und seiner aus Juden und Nichtjuden bestehenden Nachfolgegemeinde und ihrem gelebten Gottvertrauen, das von Juden und Nichtjuden erwartete und erbetete Reich Gottes habe *angefangen*, sei das partikular-nationale Berufungs- und Dienstmodell Israel durch ein universales abgelöst worden.
3. Wird Kritik am israelischen Volk, vor allem an seiner Regierung, mit dem Argument abgewehrt, sie sei der mörderischen Kritik des Antisemitismus zuzuordnen, wird die nicht nur prophetische Selbstkritik zur säkularen oder christlichen Selbstrechtfertigung instrumentalisiert.

Die völkerrechtliche verankerte Begründung des „jüdischen“ Staates Israel gleichberechtigt neben einem „arabischen“²⁰ Staat ist das entscheidende Rechtsfundament für das Existenzrecht zweier Staaten im früheren britischen Mandatsgebiet Palästina: Israel und für das eines arabischen Staates. Dessen Realisierung steht noch aus wie auch die Sicherung des bedrohten Existenzrechtes Israels durch gerechte Friedensverträge mit dem palästinensischen Volk und beider Völker Nachbarn.

Die Studie spricht davon, dass „im Land Israel die Juden der Bibel und der nachbiblischen Tradition in ganz neuer Weise begegnen.“ War die traditionelle Weise geprägt durch den Rückbezug und den Gedanken an die Kontinuität des jüdischen Volkes, mit der Landgabe an entflozene Sklaven, und einer Tora-orientierten Indienststellung durch Gott, so tauchte eine fundamentalistische Bibelbenutzung auf, die sich durch einen jüdischen Nationalismus in Dienst stellen ließ.

²⁰ Die Adjektive „jüdisch“ und „arabisch“ stehen im UNO-Text für beide Staatengründungen. Dass die jetzige Regierung Israels mit dem Versuch, Israel zu einem „jüdischen“ Staat im religiösen Sinn zu machen, verdankt sich dem gewachsenen Einfluss der Ultraorthodoxen. Damals stand in den Pässen r schon Land lebenden Juden ebenfalls „palestinian“ wie in den Dokumenten aller Bewohner. Erst mit dem Aufkommen der palästinensischen Befreiungsbewegungen wurde das Wort Palästina zur Volksbezeichnung.

**b) Karsten D. Voigt,
Der Konflikt Israel-Palästina im Horizont der Kräfteverhältnisse im Nahen und Mittleren Osten
Tagung der evangelisch-reformierten Kirche**

Einleitende Bemerkungen in der Diskussion mit Shimon Stein.

Wenn ich die Prinzipien der evangelischen Kirche richtig verstehe, dann muss sie für das Ziel eines nachhaltigen, also dauerhaften, gerechten Friedens zwischen Israel und den Palästinensern eintreten.

Ein dauerhafter Friede ist auf absehbare Zeit unerreichbar. Außerdem kann ich mir keine Friedenslösung vorstellen, die von beiden Seiten, Palästinensern und Israelis gleichermaßen als gerecht empfunden würde. Trotzdem wäre mein Rat, dass die Kirche zumindest an dem Ziel eines dauerhaft stabilen Friedens festhält. Gleichzeitig aber sollte sie sich ganz pragmatisch für die vielen kleinen Schritte engagieren, die die Gewalt verringern, die die Stabilität fördern, die die Vertrauensbildung fördern. Umgekehrt sollte sich die Kirche gegen diejenigen aussprechen, die den Hass schüren, die zur Eskalation der Gewalt beitragen und die politisches Kapital aus dem Konflikt und nicht aus dem Versuch seiner Einhegung zu schlagen versuchen.

Deutschland ist Israels engster Verbündeter in Europa. Das sollte so bleiben und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Für mich gehören hierzu nicht nur eine enge wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, sondern auch eine Zusammenarbeit im Bereich der Nachrichtendienste und des Militärs, einschließlich von Waffenlieferungen. Diese Zusammenarbeit schließt Kritik an der konkreten Politik Israels nicht aus. Ich halte eine derartige Kritik angesichts der Politik von Netanjahu z.B. im Bereich der Siedlungen - aber nicht nur dort - für geboten.

Wenn Politiker in Israel und in den palästinensischen Gebieten Zweifel daran äußern, ob Netanjahu überhaupt an einer Zwei-Staaten-Lösung interessiert ist, dann kann ich diese Zweifel verstehen: Ich teile sie.

Als der ehemalige israelische Ministerpräsident, Ehud Barak, einen konkreten Plan für eine Zwei-Staaten-Lösung vorschlug, war Netanjahu dagegen. Aber der Plan ist nicht am Widerstand Netanjahus, sondern an der palästinensischen Führung gescheitert. Sowohl auf Seiten der Israelis, wie auf Seiten der Palästinenser haben Viele diesen Plan für ungerecht gehalten. Die den Gaza-Streifen dominierende Hamas hat ihn von Anfang an abgelehnt. Aus palästinensischer Sicht enthielt er weitgehende Zugeständnisse in Bezug auf Territorien, Jerusalem, die Frage der Rückkehr von Flüchtlingen und sicherheitspolitischen Status der West-Bank. Selbst wenn dieser Vertrag von der israelischen und der palästinensischen Führung unterschrieben worden wäre, wäre deshalb keinesfalls sicher gewesen, ob er auf Dauer getragen hätte. Trotzdem bleibt wahr: Wenn es in der - wahrscheinlich erst fernerer - Zukunft zu einer Vereinbarung zwischen israelischer Regierung und der offiziellen Führung der Palästinenser kommen würde, würde sie sich voraussichtlich nicht wesentlich von dem damaligen Vorschlägen Baraks unterscheiden.

Deutschland und Europa können zum Frieden zwischen Israel und einem künftigen palästinensischen Staat beitragen. Sie können ihn aber nicht erzwingen. Ich bin dafür, dass die EU im Nahen Osten eine aktivere politische Rolle spielt. Aber wenn europäische Politik in dieser Region und insbesondere im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern konstruktiv wirken will, muss sie sich mit den USA abstimmen. Ohne und gegen die USA wird es keinen Frieden dort geben. Aber selbst die USA können den Israelis und Palästinensern keinen Frieden aufzwingen. Die USA sind immer noch die wichtigste Macht im Nahen Osten. Aber selbst ihr Einfluss kann nur in der Zusammenarbeit mit Partnern in der Region wirksam werden. Die USA haben im Irak und in Syrien ge-

zeigt, dass sie in dieser Region im Alleingang Probleme vergrößern, nicht aber im Alleingang lösen kann.

Israel lebt in einer Region, die von autoritären Regimen, zerfallenden Staaten, Krieg und Bürgerkrieg geprägt wird. Nicht nur der Iran leugnet das Existenzrecht Israels. So positiv sich ein Frieden zwischen Israel und den Palästinensern auf die Stabilität in der Region auswirken würde: die meisten Konflikte in der Umgebung Israels sind nicht Folge des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern. Aber eine Überwindung oder zumindest eine Einhegung des Konfliktes zwischen Israel und die Palästinensern würde die Stabilität in der Region erheblich fördern. Sie würde auch dazu führen, die anti-israelische Gemeinsamkeit sich ansonsten bekämpfender extremer Gruppen und Staaten zu untergraben.

Die Feindschaft gegenüber Israel wird bei seinen Nachbarn häufig sowohl innenpolitisch, wie auch außenpolitisch instrumentalisiert. Auch in Israel wird der Konflikt häufig innenpolitisch instrumentalisiert. Gegenüber seinen Feinden in der Nachbarschaft setzt die israelische Führung vor allem auf ihre eigene militärische Macht. Das verstehe ich gut. Aber ich bin damit nicht einverstanden: Ich bin der Meinung, dass die israelische Führung die politische und diplomatische Dimension der Sicherheit Israels unterschätzt und dass Israel deshalb auch aufgrund eigener Fehler gegenwärtig politisch und diplomatisch an Boden verliert. So war die Art und Weise, wie sich Netanjahu in die innenpolitische Debatte der USA über das Iran-Abkommen eingemischt hat, ein schwerer politischer Fehler, ein Fehler, der auch noch mit einer Niederlage für ihn endete.

Ich halte es für unrealistisch und z.T. auch für naiv die deutschen Erfahrungen und Erfolge mit der Friedens-, Entspannungs- und Dialogpolitik auf den Nahen Osten übertragen zu können. Dafür sind die Konflikte, die politischen Kulturen und die historischen Erinnerungen zu unterschiedlich. Aber es gäbe einzelne Erfahrungen der Ostpolitik, die sich - angewandt auf den Nahen Osten - friedensfördernd auswirken würden: z.B. die Erkenntnis, dass man die Vertreibungen der Deutschen aus dem früheren Ost-Deutschland zwar weiterhin für ungerecht halten kann, dass man aber die Ergebnisse dieser Vertreibung um des künftigen Friedens willen hinzunehmen bereit war und die Vertriebenen aktiv in die neue Heimat integrierte. Ohne diese Bereitschaft hätte es nie eine deutsch-polnische oder eine deutsch-tschechische Versöhnung gegeben. So bitter dies für die Palästinenser auch ist, ohne eine entsprechende Bereitschaft gibt es in Wahrheit keine Zwei-Staaten-Lösung: Die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge würde nämlich das Ende des jüdischen Staates Israel sein. Und dies ist einer der Grenzen, wo die deutsche Politik die Leiden und Sehnsüchte der Palästinenser zwar verstehen, jedoch nicht zur Grundlage der eigenen Außenpolitik machen kann.

c) Henning Flad,

Antisemitismus als Traditionsbestandteil des Christentums

1. Über die kirchlichen Diskussionen um Israel und Palästina lässt sich nicht sprechen, ohne die Themen Antijudaismus und Antisemitismus zu berücksichtigen. Als Christinnen und Christen blicken wir bei diesem Thema automatisch auch in die eigene Geschichte zurück, ob wir wollen oder nicht. Die Kirchen, evangelisch wie katholisch, haben Traditionen, und die wirken bis heute.

Dieser Beitrag hat nicht das Ziel, neue Erkenntnisse zu präsentieren. Es ist alles schon geschrieben worden, es ist alles bekannt für diejenigen, die sich ernsthaft mit der Materie befasst haben. Diese Erkenntnisse allein reichen aber nicht aus – weil auch Gefühle da sind. Gefühle, die eine Etage tiefer liegen, subkutan im Bewusstsein mancher Kirchenmitglieder fortleben, entgehen aller Erkennt-

nisse und Beschlüsse, und entgegen dem, was sich in den Grundordnungen und Kirchenverfassungen zur bleibenden Erwählung des Judentums findet. Diese Gefühle prägen die Wahrnehmung der Welt, und damit auch das Handeln in ihr.

In der Auseinandersetzung um den kirchlichen Antijudaismus wäre es falsch, sich auf die Suche zu machen nach Antisemiten, die in den Kirchen überall lauern könnten. Nein, es geht darum, sich Rechenschaft abzulegen über die eigene Geschichte und darüber zu reflektieren, welche tief sitzenden Denkmuster, die über Jahrhunderte tradiert wurden, uns auch heute noch beeinflussen können. Mit dem Finger auf einzelne Menschen zu zeigen, ist dabei eher hinderlich, weil die Frage, ob die Person xy ein Antisemit sei, wegführt von der viel wichtigeren Auseinandersetzung darum, inwiefern bestimmte Denkfiguren problematisch sind, und wo deren Ursprünge liegen.

Als Beispiel dafür, wie tief das Problem in der Geschichte der Kirche verankert ist, kann eine Erklärung des Bruderrates der Bekennenden Kirche aus dem Jahr 1948 dienen. Es ist drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, im Jahr der Gründung des israelischen Staates. In der Erklärung heißt es: „Die Erwählung Israels ist durch und seit Christus auf die Kirche aus allen Völkern, Juden und Heiden, übergegangen.... Israel unter dem Gericht ist die unaufhörliche Bestätigung der Wahrheit, Wirklichkeit des göttlichen Wortes und die stete Warnung Gottes an seine Gemeinde. Dass Gott nicht mit sich spotten lässt, ist die stumme Warnung den Juden zur Mahnung, ob sie sich nicht bekehren möchten zu dem, bei dem allein auch ihr Heil steht.“²¹

Noch nach dem Nürnberger Prozess wird offen erklärt: Auschwitz ist die Strafe Gottes für die Juden. Man liest es, und ist fassungslos. Es sind keine Ehemaligen der Deutschen Christen, die dies sagen, es ist die Leitung der Bekennenden Kirche.

Eine so hasserfüllte Stellungnahme – erst recht schockierend zum Zeitpunkt der Veröffentlichung – wirft die Frage nach dem Ursprung solcher Gedanken auf, und warum sie so offenkundig tief verankert sind.

Der Verweis auf Luthers Schriften ist zwar richtig, greift aber zu kurz, da die Problematik auch vor Luther existierte und auch im Katholizismus existiert.

Ein Ansatzpunkt des Verstehens müsste die Frühgeschichte des Christentums sein. Die Zurückweisung von Jesu Botschaft durch viele Jüdinnen und Juden in der Frühgeschichte des Christentums warf tiefgreifende Probleme für die Kirche auf. Sie konnte nicht ignoriert werden, weil die Juden keine nicht-christlichen Heiden waren: Ohne Judentum kein Christentum. Jesus war ein Jude, alle seine Jünger waren ebenfalls Juden. Die Menschen, zu denen Jesus sprach, waren Juden. Die hebräische Bibel war zentrale Basis für alle religiösen Ansprüche des Christentums. Und trotzdem waren es Juden, die das Christentum zurückwiesen. Damit gefährdeten sie in der Wahrnehmung mancher Kirchenväter, allein dadurch, dass sie Juden blieben, die Legitimität der Kirche. Wenn das Judentum einen eigenen Weg zum Heil habe, dann könnte der Anspruch zweifelhaft sein, dass nur durch Jesus der Weg zum Heil führe. Und so wurde ein Ausweg gefunden: Nämlich die Lehre, dass die Kirche selbst nun das neue Israel, dass nur sie das auserwählte Volk sei. Begründet wurde dies damit, dass die Juden für Jesu Tod verantwortlich gewesen seien.²² Hier liegt der Ursprung des christlichen Judenhasses. Es ist also gerade die Nähe zum Judentum, die für den christlichen Hass sorgt. Der Anspruch der Kirche, dass auf sie die Auserwählung Gottes übergegangen sei, stellte

²¹ Zitiert nach Münz, Christoph (o.J.): „Damit Gott sehe, dass wir Christen sind.“ Über die Geburt des Antisemitismus aus dem Geist des Christentums. Online unter http://www.jcrelations.net/ber_die_Geburt_des_Antisemitismus_aus_dem_Geist_des_Christentums.2280.0.html?L=2&pdf=1

²² Siehe dazu z.B. Kellenbach, Katharina (2015): Altes Gift in neuen Schläuchen. Antijudaismus, Antisemitismus, Antizionismus. In: Strube, Sonja (Hrsg.) (2015): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie. Freiburg, S. 181-196. Ausführlich dazu u.a. Nicholls, William (1993): Christian Antisemitism. A History of Hate, Rowan & Littleford Publishers, Oxford. Wie Nicholls zeigt, handelt es sich auch bei der Behauptung, dass Juden für den Tod Jesu verantwortlich gewesen seien, um eine Verleumdung, die der historisch-kritischen Überprüfung nicht standhält.

unmittelbar die Legitimität des Judentums in Frage. Es handelt sich also nicht um ein einfach lösbares Problem, sondern um eine Art Gründungsdefekt.

Und dieser Gründungsdefekt hat auch Folgen für die europäische Geistes- und Ideengeschichte. Folgt man dem amerikanischen Historiker David Nirenberg, der darüber ein hervorragendes und sehr materialreiches Buch geschrieben hat²³, so zieht sich der Antijudaismus wie ein roter Faden durch unsere Geschichte. Nirenberg spricht davon, dass das Judentum die zentrale Negativfolie war und ist auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage: Wer sind wir? Wo immer er zentrale Texte daraufhin befragt, findet er dies – bei den Kirchenvätern, bei Shakespeare, in der Aufklärung, in der Romantik, bei Marx. Der Historiker Christoph Münz spricht mit Blick auf den Antisemitismus von einer „tief verinnerlichten und christlich geprägten Tiefengrammatik des Denkens“²⁴. Der Journalist und Rechtsextremismusexperte Burkhard Schröder schrieb vor Jahren: „Antisemitismus auf der Basis des christlichen Antijudaismus ist Teil der deutschen Leitkultur, hier treffen sich Christen und Atheisten, Linke und Rechte.“²⁵

Ideen führen zu Handlungen, und der christliche Antijudaismus hatte für Jüdinnen und Juden massive Folgen. Ab dem Zeitpunkt, als das Christentum zur Staatsreligion des römischen Reiches erhoben wurde, überzog der Staat auf Drängen der Kirche den jüdischen Teil der Bevölkerung mit zahlreichen Maßnahmen, die darauf abzielten, ihre „Halsstarrigkeit“ zu brechen, ihn dazu zu bewegen, das Judentum aufzugeben. Der Historiker Raul Hilberg listete in seinem Werk „Die Vernichtung der europäischen Juden“, der vielleicht wichtigsten Studie zur Geschichte der Shoa, tabellarisch diese Maßnahmen, die zumeist auf Synodenbeschlüsse zurückgingen, auf und setzte sie in Bezug zur nationalsozialistischen Verfolgung.²⁶ Es wird in der langen Liste deutlich, dass das NS-Regime an vielen Punkten auf Präzedenzfälle aus der christlich geprägten Geschichte zurückgreifen konnte: Unter anderem beim Verbot der Ehe zwischen Juden und Nicht-Juden, bei der Ghettoisierung, beim Zwang, eine Markierung auf der Kleidung zu tragen. Nicht bei der Vernichtung und der Rassenbiologie, wohlgemerkt. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Dr. Reinhard Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm stellten in einer Erklärung zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zurecht fest: „Als Christen können wir auch der Frage nicht ausweichen, warum die Verbrechen von Auschwitz auf einem Kontinent geschahen, der seit mindestens einem Jahrtausend vom Christentum geprägt wurde.“²⁷ Die Antwort liegt vielleicht darin, dass es das Christentum war, das für die Markierung als Opfer verantwortlich war.

2. Zwei Beispiele für weiter wirkendes altes Denken seien genannt. Auf einer größeren kirchlichen Tagung vor wenigen Jahren ging es in einem Beitrag des damaligen Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider auch um die Formel von der „bleibenden Erwählung“. In der Diskussion äußerte sich eine hauptamtliche Vertreterin einer in den Kirchen gut vernetzten Organisation wie folgt: „Mit dem Begriff ‚auserwähltes Volk‘ kann ich gar nichts anfangen – das klingt für mich nach Herrenrasse.“ Hier wurde ein Kernpunkt des jüdischen Glaubens mit NS-Ideologie gleichgesetzt, in völligem

²³ Nirenberg, David (2015): Antijudaismus, München

²⁴ Zitiert nach Lehming, Hanna (o.J.): Antisemitismus in der Kirche – wie kam es dazu? Schleswig-holsteinische Theologen in der Zeit des NS. Online unter http://www.christen-juden.de/fileadmin/user_upload/baukaesten/Baukasten_Christlich_J_discher_Dialog/doc-news_kd.1126000384.infobox.7_2014-Halfmann-VortragLehming.pdf

²⁵ Schröder, Burkhard (2002) : Auge um Auge - 2000 Jahre christlicher Antijudaismus. Online unter <http://www.heise.de/tp/artikel/12/12893/1.html>

²⁶ Hilberg, Raul (1990): Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt am Main, S. 17f..

²⁷ Online unter https://www.ekd.de/presse/pm11_2015_erklaerung_70_jahrestag_befreiung_auschwitz.html

Missverständnis davon, was eigentlich in der biblischen Tradition unter Auserwählung verstanden wird: Nämlich eine Bürde und ein Auftrag.²⁸

Ein zweites Beispiel: Im Editorial einer Publikation, die auf dem Evangelischen Kirchentag 2015 in Stuttgart auf dem Tisch einer Organisation auslag, die sich in kirchlicher Trägerschaft befindet, hieß es über die Ursachen der angeblich rechtsradikalen israelischen Politik: „Es ist die allgemeine Menschenverachtung des israelischen Judentums gegenüber nichtjüdischen Menschen, speziell gegenüber arabischen, die für Israel keine Menschen im vollen Sinne sind. Es ist der Geist des überwundenen westlichen Nationalismus und Kolonialismus, der den Zionismus bestimmt und heute noch in Israel seine Blüten treibt. Er wird verstärkt durch archaische Tötungsbefehle gegenüber Nicht-Israeliten in der Hebräischen Bibel.“

Also: Nur der jüdische Glaube, das auserwählte Volk zu sein, sei die Ursache für den israelisch-palästinensischen Konflikt, und nicht etwa politische, militärische oder ökonomische Interessen aller Konfliktparteien. Hier ist aber noch mehr: Es schimmert auch der Gegensatz zwischen partikularistischem Judentum und universalistischer Kirche auf, der ebenfalls ein Standard aus der anti-judaistischen Ideengeschichte ist.

Sowohl die Kritik an der Idee vom auserwählten Volk als auch die Kritik am jüdischen Partikularismus laufen im Endeffekt immer auf dasselbe hinaus: Die Aufforderung an das Judentum, zentrale Elemente des Glaubens aufzugeben, letztendlich: sein Judentum selbst aufzugeben.²⁹

Gegen diese Positionen stehen die Kirchenverfassungen und Grundordnungen der Landeskirchen, die von „bleibender Erwählung“ sprechen, die mit dem Antijudaismus gebrochen haben, ebenso wie Erklärungen des Rats der EKD, die in großer Klarheit die Verbundenheit mit dem Judentum betonen. Erst jüngst stellte die Synode der EKD in einem Beschluss fest: „Nach 1945 kam es in Deutschland zunächst zögerlich zu einem bis heute nicht abgeschlossenen Lernprozess der Kirchen bezüglich ihres schuldhaften Versagens gegenüber dem Judentum. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat ihr Verhältnis zum Judentum theologisch neu bestimmt, jede Form der Judenfeindschaft verworfen und zur Begegnung mit dem Judentum aufgerufen.“³⁰

All das, insbesondere die vielen Erneuerungen der Grundordnungen in den Landeskirchen, ist sehr erfreulich. Und natürlich auch die vielfältigen Aktivitäten im christlich-jüdischen Dialog, das Engagement von Organisationen wie Aktion Sühnezeichen Friedensdienst, und vieles mehr. Es steht aber zu befürchten, dass dies zu stark auf die Eliten und nur einen Teil der Kirche beschränkt ist. All dies ist nicht ausreichend in der Breite des kirchlichen Lebens angekommen. Schon manche Hauptamtliche im kirchlichen Dienst kennen den Sinn der Grundordnungsänderungen nicht bzw. wissen nicht einmal, dass sie überhaupt existieren. Hier stehen 35 Jahre seit der Änderung der Grundordnung in der Rheinischen Landeskirche gegen fast 2000 Jahre Tradition, die sich nicht so schnell überwinden lassen.

Eine ähnliche Einschätzung findet sich auch in einem Gutachten des zu Antisemitismus in der Evangelischen Kirche des Freiburger Soziologen Albert Scherr für den Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2011. Dort heißt es: „Es kann ersichtlich nicht davon ausgegangen werden, dass sich die kirchliche Alltagskommunikation und die Einstellungen von Kirchenmitgliedern unmittelbar an gegenwärtigen amtskirchlichen und theologischen Vorgaben orientieren. Eine diesbezügliche Diskrepanz wird auch seitens kirchlicher Repräsentanten ange-

²⁸ Siehe dazu beispielhaft die Predigt von Matthias Loerbroks „Israels Dienst als Licht der Völkerwelt“ zu Jesaja 42,1-9, online unter <http://predigten.evangelisch.de/predigt/israels-dienst-als-licht-der-voelkerwelt-predigt-zu-jesaja-421-9-von-matthias-loerbroks>

²⁹ Siehe dazu auch ausführlich Buschbom, Jan (2013): Wörterbuch der Menschenfeinde: Auserwähltheit, jüdische. In: Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik 3/2013, S. 25-31.

³⁰ "Martin Luther und die Juden – Notwendige Erinnerung zum Reformationsjubiläum". Beschluss der 2. Tagung der 12. Synode der EKD, 8. bis 11. November 2015 in Bremen. Online unter https://www.ekd.de/synode2015_bremen/beschluesse/s15_04_iv_7_kundgebung_martin_luther_und_die_juden.html

nommen; in einschlägigen Dokumenten wird wiederkehrend die Vermutung geäußert, dass christliches Überlegenheitsbewusstsein gegenüber Juden auch gegenwärtig noch verbreitet sei und ein religiöser Antijudaismus latent oder offen, in unseren Kirchen tradiert werde.³¹

3. Immer wieder taucht innerhalb und außerhalb der Kirchen in Diskussionen die Frage auf, wann Israelkritik antisemitisch ist. Hier sind präzise Unterscheidungen gefragt. Natürlich ist es möglich, die israelische Regierung ohne antisemitischen Hintergrund zu kritisieren, und oft ist Kritik auch geboten. Aber warum geschieht dies mitunter so obsessiv? Angesichts ihrer Geschichte gilt für die Kirchen: Wir können nicht über Israel reden, ohne unsere Geschichte im Blick zu haben. Ob wir wollen oder nicht, ob es uns bewusst ist, oder nicht – sie beeinflusst unseren Blick auf diesen Konflikt. Wenn wir über Israel reden, sprechen wir über uns selbst.

Es gibt eine Menge Länder auf dieser Welt, die eine weitaus schlechtere Menschenrechtsbilanz als Israel haben. Und dennoch wird im UN-Menschenrechtsrat kein Land häufiger verurteilt als Israel. Stimmt es nicht nachdenklich, dass es keine Saudi-Arabien-Kritik, keine Nordkorea-Kritik, keine Sudankritik gibt? Dass keine zivilgesellschaftlichen Boykottkampagnen gegen diese und andere Länder organisiert werden? Allein das sind doch schon Hinweise auf eine gewisse Aufgeladenheit des Themas. Eine in der Wissenschaft gängige Bestimmung dafür, wann Israelkritik antisemitisch ist, stammt von Nathan Sharansky. Er spricht von den drei Ds: Dämonisierung - etwa mit NS-Vergleichen; Delegitimierung - wenn das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird; und Doppelstandards - wenn an Israel härtere Maßstäbe angelegt werden als an andere Staaten.³²

Offener Antisemitismus ist in Deutschland tabuisiert. Es findet deshalb eine Umwegkommunikation³³ statt: Man schimpft über die israelische Regierung, meint aber die Juden. Dies zeigen auch Forschungen von Monika Schwarz-Friesel und Jehuda Reinharz, die eine sehr große Zahl von Zuschriften an den Zentralrat der Juden und die israelische Botschaft auswerteten. Ein wesentliches Ergebnis war: Israel ist das zentrale Thema in den Hassbriefen, und die Kritik an Israel oder seiner Regierung mischt sich im Regelfall mit klassischen antisemitischen Stereotypen.³⁴ Ähnliche Ergebnisse brachte auch eine Erhebung des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung. Andreas Zick und Beate Küpper schreiben: „Eine des Antisemitismus unverdächtige Kritik an Israel ist möglich, aber selten. Nur 10% der Befragten, die im GMF-Survey 2004 eine Kritik an Israel ohne antisemitische Anleihen äußerten, signalisierten keine Zustimmung zu mindestens einer weiteren Facette des Antisemitismus.“³⁵

³¹ Scherr, Albert (2011): Expertise „Verbreitung von Stereotypen über Juden und antisemitischer Vorurteile in der evangelischen Kirche“ S.4. Online unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/EXpertenkreis_Antisemitismus/scherr.pdf?__blob=publicationFile

³² Sharansky, Nathan (2005): 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. In: Jewish Political Studies Review 17:1-2. Online unter <http://jcpa.org/phas/phas-sharansky-s05.htm>

³³ So bereits 1986 Bergmann, Werner / Erb, Rainer: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, S. 223-246.

³⁴ Reinharz, Jehuda / Schwarz-Friesel, Monika (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin, New York.

³⁵ Küpper, Beate / Zick, Andreas (2007): Antisemitismus in Deutschland und Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/200, S. 16.

3. Impulse

a) Jens Nieper,

Wir brauchen eine Querschnittssolidarität

„Die Kirchen in Deutschland kümmern sich nicht um die verfolgten Christen im Nahen Osten“ - dieses Vorurteil hört man häufig. Das Berliner Missionswerk (BMW) und der Jerusalemverein (JV) als einer seiner Träger sind ein Beleg dafür, dass diese Aussage so pauschal nicht stimmt. Mit seinem Nahostreferat ist das BMW eine der ständig für die Christen im Nahen Osten tätigen kirchlichen Organisationen. Diese mögen nur eingeschränkt angesichts der Not etwas bewirken. Aber sie sind aktiv – nur eben oft unspektakulär, nicht reißerisch, verlässlich und konstant.

Das BMW engagiert sich in Ägypten und ist Partner der Evangelical Church of Egypt (Nilsynode) mit zwischen 300-700.000 Mitgliedern. Mit dem JV ist das BMW in Israel/Palästina aktiv und arbeitet dort mit der Evangelical Lutheran Church in Jordan and the Holy Land (ELCJHL) zusammen. Dieses Engagement besteht seit über 160 Jahren – also lange bevor von einem Staat Israel und von den Palästinensern die Rede war, lange bevor einem israelisch-palästinensischen Konflikt und hoffentlich auch noch lange nach der Überwindung dieses Konflikts. Unsere Tätigkeit ist nicht an eine Staatsfrage gebunden.

Das BMW verfolgt dabei drei Aktivitätslinien:

a) Talitha Kumi

Das Schulzentrum Talitha Kumi, das nahe Bethlehem sich befindet, wird vom BMW getragen. Die dortige Bildungsarbeit wird auch als Friedensarbeit verstanden. Wissen ist die Basis für den Aufbau einer Gesellschaft. Wissen ist die Voraussetzung, Alternativen zur Gewalt zu finden und zu praktizieren. Gewaltlosigkeit gehört zu den Bildungsgrundsätzen in Talitha Kumi. In dem Zentrum werden Christen und Muslime beschult. Ca. 1.000 Mädchen und Jungen besuchen gemeinsam den Unterricht – das ist in Palästina keineswegs selbstverständlich. Talitha Kumi ist überzeugt, dass der Dialog mit der israelischen Seite – in sensibler Weise - fortgesetzt werden muss.

b) Förderung von Christen in Israel/Palästina und in Ägypten

Das BMW stärkt die Arbeit von einheimischen Christen im Nahen Osten. Dies geschieht v.a. durch Projektförderung. Damit wird geholfen, die Präsenz der Christen in der Region aufrechtzuerhalten. Die Christen wirken in den Ländern des Nahen Ostens als wichtige Stabilisatoren der Gesellschaft: Durch die christliche Schularbeit sichern Sie die Bildung, im Bewusstsein, zu der „Urbevölkerung“ der jeweiligen Länder zu gehören, tragen sie zum Erhalt der Kultur bei, als Minderheit stärken sie das Moment der Pluralität und Toleranz und festigen die moderaten Kräfte.

c) Lobbyarbeit in Deutschland

Das BMW und der JV betreiben in Deutschland Lobbyarbeit für die Christen im Nahen Osten. Viel zu vielen Christen in viel zu vielen Regionen dieser Welt – auch im Nahen Osten – geht es nicht gut. Dies pauschal nur mit dem Verfolgungsbegriff zu belegen, wie dies (meist evangelikal geprägte und antiislamisch motivierte) Organisationen wie „Open Doors“ tun, ist dabei wenig hilfreich: Zum einen lehnen es viele nahöstliche Christen ab, sich durch eine solche undifferenzierte Bezeichnung als Opfer abstempeln zu lassen, zum anderen weckt der Begriff häufig falsche Vorstellungen bzgl. der tatsächlichen Schwierigkeiten der Christen der Region. Es erscheint weitaus konstruktiver, je nach Situation eher von Diskriminierung, Ausgrenzung, Benachteiligung, Vertreibung, Bedrängung usw. zu sprechen und so spezifisch zu beschreiben, was Christen widerfährt. Auch die

Methodik von Organisationen wie „Open Doors“ (Verfolgungs-Index) sind fragwürdig, hier scheint das Vorgehen des „Ökumenischen Berichts zur Religionsfreiheit“ von EKD und Deutscher Bischofskonferenz seriöser. So ist zu hinterfragen, ob etwa die Behauptung, die Christen seien die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft, wirklich stimmt (Gibt es dafür wirklich belastbares Zahlenmaterial? Was ist das Bewertungskriterium?), und ob es irgendeinem Christen helfen würde, wenn andere Religionen stärker als die Christen bedrängt würden bzw. die Christen „nur“ die zweit-, fünft- oder zehntmeist verfolgte Religion wären.

Dabei ist noch immer vielen Menschen in Deutschland kaum bewusst, dass es im Nahen Osten autochthone Christen – auch evangelische Christen – gibt. Das hat sich in den letzten Jahren zwar v.a. durch den Syrien-Bürgerkrieg und das Wüten des „Islamischen Staates“ etwas gebessert. Dennoch gibt es viel zu viele Stereotype. Das BMW und der JV bemühen sich, ein differenziertes Bild zu vermitteln und arg schematische Darstellungen zu durchbrechen. Sie versuchen dabei, unterschiedliche Stimmen der nahöstlichen Christenheit hörbar werden zu lassen.

Bzgl. Israel und Palästina ist oft von einer doppelten Solidarität die Rede, die anzustreben sei: Israel ist man historisch verbunden, zum Judentum, das in Israel eine besondere Präsenz hat, besteht eine besondere theologische Beziehung, aber auch zu den Palästinensern besteht sowohl humanitär wie historisch eine Beziehung und den palästinensischen Christen ist man ökumenisch verbunden. Diese Idee der doppelten Solidarität ist aber zu hinterfragen: Da man nur 100% Solidarität zu vergeben hat, kann man nicht Israel wie den Palästinensern zugleich volle Solidarität zukommen lassen. Daher erscheint die Idee einer „Querschnittssolidarität“ viel realistischer: weder als Deutscher noch als Christ muss ich mit einem palästinensischen Attentäter oder einem gewalttätigen jüdischen Siedler solidarisch sein, weder mit der Hamas, nur weil sie palästinensisch ist, noch mit radikalen israelischen Politikern, nur weil diese jüdisch sind. Ich kann aber mit allen Friedenswilligen und Versöhnungsbereiten, mit allen Moderaten und Dialogführenden solidarisch sein – egal welchen Pass und welche Nationalität diese tragen. Für solch eine Form der Solidarität setzen sich das BMW und der JV ein.

Im Internet:

www.berliner-missionswerk.de

www.jerusalemverein.de

www.talithakumi.org

auf Facebook:

www.facebook.com/BerlinerMissionswerk

www.facebook.com/jerusalemverein.de

www.facebook.com/TalithaKumiEducationalCentre

b) Katja Dorothea Buck,

Der Leib leidet nicht - Deutsche Wahrnehmungsdefizite beim Thema Christen im Nahen Osten

„Ihr habt uns vergessen. Wir sind Euch egal.“ Nicht erst seit gestern machen Christen im Nahen Osten den Kirchen in Deutschland diesen Vorwurf. Angesichts der wachsenden Not und Bedrängnis können sie immer weniger verstehen, warum sich ihre Geschwister im Westen nicht stärker für sie einsetzen. Längst sagen orientalische Kirchenvertreter auch öffentlich, dass sie eigentlich mehr von den Kirchen in Deutschland erwartet hätten. Der Vorwurf wird hierzulande in der Regel mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass man sich als Kirche allen Menschen in Not verpflichtet fühle, unabhängig von Herkunft oder Religion. Im Umkehrschluss und damit deutlicher heißt dies: Christsein bedeutet eben nicht, Mitglied in einem exklusiven Club zu sein, in dem man sich nur um Seinesgleichen kümmert. Wer wollte dieses Credo nicht unterschreiben?!

Trotzdem muss gefragt werden: Ist mit dem Verweis auf die humanitäre Verpflichtung kirchlicherseits schon alles gesagt? Wie halten wir es mit dem ökumenischen Auftrag? Der Apostel Paulus hat dafür ein schönes Bild gefunden: Leidet ein Glied, so leidet der ganze Leib. Doch leidet die Kirche in Deutschland wirklich mit den Geschwistern im Nahen Osten mit?

Seit Jahrzehnten fristet das Thema „Christen im Nahen Osten“ in der kirchlichen Bildungsarbeit ein Schattendasein. Während es in bald jeder Landeskirche fest im Haushalt verankerte Stellen für das christlich-jüdische Gespräch oder die Beziehungen zum Islam gibt – beides wichtige Themen, keine Frage! – lässt sich die Zahl derjenigen, die sich hauptamtlich im Bereich der EKD mit dem Thema Christen im Nahen Osten beschäftigen, an einer Hand abzählen. An den Universitäten sieht es nicht besser aus: Sowohl im Bereich der Theologie als auch bei den Geistes- und Kulturwissenschaften wurden in den letzten 20 Jahren so gut wie alle Lehrstühle zum christlichen Orient abgebaut. Bis auf ein kleines Studienprogramm in Beirut gibt es für deutsche Theologiestudierende so gut wie keine Möglichkeit mehr, die nahöstlichen Kirchen in ihrer Vielfalt und ihren aktuellen Herausforderungen kennenzulernen. Bleibt festzuhalten: Das Wissen über die Geschwister im Nahen Osten ist nicht nur gering, es hat in den letzten Jahren sogar dramatisch abgenommen.

Nun könnte das fehlende Fachwissen ja irgendwie durch persönliche Beziehungen in den Nahen Osten ausgeglichen werden. Doch auch hier: Fehlanzeige. Zu Afrika, Asien und Lateinamerika gibt es Gemeindeparterschaften, nicht aber zu Gemeinden in Syrien oder im Irak. Damit fehlt die Ebene der Begegnung zwischen Pfarrern bzw. Gemeindegliedern in Deutschland und im Nahen Osten. Wir haben keine Gesichter, mit denen wir die aktuellen Vorgänge im Nahen Osten oder auch die Flüchtlingskrise im eigenen Land in Verbindung bringen könnten.

Und schließlich haben die Christen im Nahen Osten hierzulande auch noch ein Imageproblem. Die einzigen, die in den vergangenen Jahren auf die Bedrängnis der Christen im Nahen Osten hingewiesen haben, waren freikirchliche, evangelikale Werke wie zum Beispiel open doors. Das muss man ihnen zuallererst einmal anrechnen, auch wenn man sicherlich über die Methoden diskutieren kann, mit denen sie auf die Verfolgung von Christen weltweit aufmerksam machen. Fragwürdige Zahlen und eine Fokussierung auf „bekehrte“ Muslime sind nicht das, was dialogorientierte Christen mitmachen würden. Aber anstatt die Diskussion mit den Evangelikalen im eigenen Land zu suchen, grenzt man sich ab und schweigt zum Gesamtthema.

Kein Wunder also, dass die Christen im Nahen Osten den Eindruck nicht mehr loswerden, dass innerhalb der EKD niemand so richtig mit ihnen leidet.

Infokasten:

Im Nahen Osten sinkt die Zahl der Christen nicht erst seit Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs. 1947 beispielsweise waren im Irak noch zwölf Prozent der Bevölkerung Christen. Ihr Anteil sank stetig, so dass sie 1987 nur noch acht Prozent ausmachten, 2003 sechs Prozent bzw. 1,5 Millionen. Heute gehen Hilfsorganisationen und Kirchen allerdings davon aus, dass nur noch 450.000 Christen im Irak leben. Nicht wenige fürchten, dass die fast 2000-jährige Geschichte des Christentums in nächster Zukunft zu Ende geht.

Ähnlich sieht es in Syrien aus. Während 1937 noch 20 Prozent der Bevölkerung Christen waren, bekannten sich 1960 nur noch 15 Prozent zum christlichen Glauben. Seither hat keine offizielle Volkszählung mehr stattgefunden. Sicher ist allerdings, dass sich die Gesamtbevölkerung in Syrien in den letzten 50 Jahren etwa verfünffacht hat. Die christliche Bevölkerung ist dagegen nur um das Dreieinhalbfache gewachsen. Vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 waren schätzungsweise nur noch zehn Prozent der 23 Millionen Syrer Christen.

Es ist nicht bekannt, wie viele Christen seither das Land verlassen haben, sicher ist nur, dass sie zunehmend zwischen die Fronten der Kriegsparteien geraten. Aus Aleppo beispielsweise berichten Pfarrer aller Konfessionen, dass etwa 75 bis 80 Prozent ihrer Gemeindeglieder die Stadt verlassen haben. Ob diese nach dem Ende des Bürgerkriegs einmal wieder Anspruch auf ihren verlorenen Besitz und ihre Häuser anmelden können, halten viele für ausgeschlossen. Als ebenso unwahrscheinlich gilt, dass Menschen, die wegen ihres Glaubens von ihren Nachbarn an die neuen Machthaber verraten wurden, wieder in ihre Heimatdörfer zurückkehren werden.

4. Rezension

Gerd Naber,

Rezension zu:

Sami Adwan, Dan Bar-On, Eyal Naveh – Peace Research Institute in the Middle East (Hg.): „Die Geschichte des anderen kennen lernen – Israel und Palästina im 20. Jahrhundert“, Frankfurt/New York: Campus 2015.

Ausgangspunkt dieser Publikation, als „Schulbuch“ präsentiert, ist die Feststellung, dass frühere israelische und palästinensische Darstellungen die jeweils andere Seite komplett ausblenden und so für die Legitimation der jeweils eigenen Einstellungen dienen. Die Herausgeber vom „Peace Research Institute in the Middle East (PRIME)“ sind der Überzeugung, dass die Überwindung der Feindschaft in den Köpfen beginnen muss und demzufolge ein gegenseitiges Verständnis durch Kenntnis des jeweils anderen Narrativs beginnen kann.

Ein Ansatzpunkt ist der, dass man nicht von einer geschichtlichen Wahrheit ausgeht, sondern dass es unterschiedliche Interpretationen der Vergangenheit geben kann.

Nach einführenden Vorworten der Herausgeber wird in insgesamt neun Kapiteln die gemeinsame Geschichte im Nahen Osten entfaltet – von der Balfour-Deklaration (1917) bis zu den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts.

Auf der linken Seite steht die israelische, auf der gegenüberliegenden rechten Seite die palästinensische Perspektive auf den jeweiligen Geschichtsabschnitt. In der Mitte zwischen den Spalten ist Platz für eigene Notizen.

Neben der verbalen Darstellung von Geschichte findet sich eine große Menge von Quellentexten, Karten, Tabellen, Fotografien, Karikaturen und anderen Zeichnungen, wobei deutlich wird, dass auch diese einer eigenen Geschichtsinterpretation unterliegen.

Dies wird auch im abschließenden „Glossar“ deutlich, wo die Schwierigkeit gleichen Verständnisses von Begriffen sehr deutlich wird.

Die Grundannahme des Herausgebers Bar-Ons ist dessen Methode des „Story-Tellings“ als einer Methode der Konfliktbearbeitung, wie sie in verschiedenen Zusammenhängen angewendet wurde: Interviews mit „Täterkindern“ und „Opferkindern“ in Deutschland, Familiengeschichten im Kosovo, in Nordirland und in Südafrika.

Dieses Buch (DIN-A-4 querliegend) zu lesen, bedeutet ein besonderes, neues Lese- und Sich-Informierens-Erlebnis. Bisher habe ich mich im Wesentlichen durch eher israelfreundliche Publikationen aktuell unterrichtet, wobei sich bei mir durchaus eine „Hermeneutik des Verdachts“ einschaltete: Ist es auch wirklich so? Fehlt vielleicht etwas? Stimmt das insgesamt? –

Daneben habe ich wohl auch eher propalästinensische Quellen benutzt, aber recht eigentlich auch etwas voreingenommen zur Kenntnis genommen.

In diesem 280 Seiten umfassenden Band ist das anders: Beide Positionen (wohl nicht einmal extrem formuliert) sind direkt nebeneinander gedruckt und werden unmittelbar hintereinander gelesen.

Bald stellen sich bei der Lektüre merkwürdige Fragen ein: Kann ich mit mir selber tolerant umgehen? Kann ich das, was ich lese, wenigstens ansatzweise erst einmal gelten lassen? Kann ich liebgewordene Positionen auch einmal vorläufig in Frage gestellt sein lassen?

Die Lektüre hat psychologisch etwas von einem Trauerprozess, ist durchaus anstrengend. Eine Lehrerin, Rahel, die an dem Zustandekommen dieses Buches beteiligt war, fasst ihre Empfindungen zusammen: *Als ich die Erzählung von der anderen Seite las, war ich zuerst wütend und frustriert darüber, wie anders sie als unsere ist. Ich empfand, dass sie nicht auf Fakten, sondern auf Geschichten und Emotionen basiere. Später erlernte ich, den Unterschied kognitiv zu akzeptieren, aber ich hatte immer noch das Gefühl, dass unser Narrativ dem ihrigen überlegen war. Erst vor kurzem habe ich gelernt, die Logik hinter ihrem Narrativ zu sehen und auch emotionale Anteilnahme an dem zu empfinden, was sie durchgemacht haben.*“ (S. 13)

So empfindet man eine leichte Verunsicherung, und d.h., man wird gegenüber der eigenen wie der fremden Auffassung demütiger.

Aber: Kann es dabei bleiben?

Ich muss mir eine eigene Meinung bilden.

In bestimmten Situationen wird von mir eine Stellungnahme erwartet. Z.B. fordern mich „ai“ oder die „Israel-Solidarität“ zur Beteiligung an Aktionen auf; als Beteiligter an Veranstaltungen zur anstehenden Thematik möchte ich verantwortlich planen und verantwortlich auftreten.

Gelernt habe ich durch die Methodik des Buches auf jeden Fall: Wahrheit ist nicht auf einer der beiden Seiten; Wahrheit ist aber auch nicht auf beiden Seiten gleichermaßen; Wahrheit ist auch nicht in einer vermittelnden Mitte.

Eine Hilfe bei der Lektüre des Buches war die offene Mitte, wo ich notieren konnte: „!“ wichtig, weil für mich neu; „?“ ist mir fragwürdig, Faktencheck ansetzen, Behauptungen überprüfen; „+“ beide Sichten ergänzen sich.

Fazit nach Ende des Durchstudierens: Das Buch ist für mich heilsam gewesen, aber ich muss mit dem Buch, z.T. gegen das Buch, über das Buch hinausgehen.

Anfragen bleiben:

- Der Gebrauch des Begriffes „Palästinenser“ für die Zeit bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ist problematisch. Als Widerspruch zeigt sich dies, wenn (S.72) im „israelischen Teil“ gesagt wird, dass „im hebräischen Narrativ“ vom „Land Israel“ gesprochen wird, die Autoren aber in ihrem Teil immer nur von „Palästina“ schreiben.
- Die Shoah taucht in der palästinensischen Sicht nur in einem Halbsatz auf, der sich auf die Vorgänge nach dem Weltkrieg bezieht: *„Die Palästinenser sahen nicht ein, warum sie für die Folgen von Folter und Quälerei, die die Juden durch die Christen erlitten hatten und die tatsächlich ein großes Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren, bezahlen sollten.“* (S. 89) Die Shoah ist ein Teil der Menschheitsgeschichte, gerade auch für palästinensische Christen, die sich zu großen Teilen dem Erbe Luthers verpflichtet fühlen und deshalb auch dem antijüdischen Erbe, das eine Quelle des NS-Antisemitismus darstellt.
- Offensichtlich ist, dass sich die Autoren der israelischen Sicht eher zu Selbstkritik und zur Relativierung ihrer eigenen Perspektive verstehen als die palästinensische Seite.
- In beiden Perspektiven wird m.E. zutreffend als Hauptursache für den israelisch-arabischen Konflikt die verheerende Rolle der europäischen Kolonialmächte Frankreich und vor allem Großbritannien nach Ende des Osmanischen Reichs bis 1939 gesehen. Auch geht die palästinensische Seite oft recht eindeutig gegen das Verhalten der arabischen Staaten in Position.

5. Resonanzen

a) Mechthild Gunkel, Bündelung und Feedback

Als wir vor gefühlt einer Woche hier ankamen...

Die drei Tage, realiter gerechnet zwei Tage, die wir hier miteinander verbracht haben, waren randvoll mit Input, Diskussionen, Begegnungen und Erlebnissen. Vielen Dank an alle, die dazu beigetragen haben, dass diese Friedenskonsultation so inhaltsreich und gelungen war! Danke auch dafür, dass ich teilnehmen durfte!

Ich weiß von keiner anderen Landeskirche, die Menschen aus synodalen Ausschüssen und inhaltlich tangierten Arbeitsbereichen gemeinsam zu einer solchen Konsultation eingeladen hätte! Die Einladung an „Experten“ wie Jens Nieper, Henning Flad, Martin Stöhr, Katja Buck und andere war gelungen – und die konkrete Verbindung zu ASF und Dagmar Pruin auch!

Mein kurzer Rückblick umfasst drei Teile: zum Methodischen, zu den Inhalten und zu den Herausforderungen.

1. Methodisch

Wir starteten mit einer gut vorbereiteten Vorstellungsrunde, bei der alle die „Frage, die sie mitbringen“ benannten. Die Fragen hingen nun sortiert (Theologie / Historie / Politik / Praxis) an der Pinnwand. Wann und wie wird darauf Bezug genommen? Wann und wie bekomme ich Antworten oder Anregungen zum weiteren Nachdenken, was bedeutet dies für meinen Ausschuss, meine Gemeinde, meinen Arbeitszusammenhang? Das wurde mir nicht deutlich. Diese Arbeit steht wohl auch noch aus.

Viel erlebten wir sehr frontal. Gelegentliche Murregruppen, Visualisierungen wie etwa Power-Point-Präsentation und anderer Methodenwechsel wären sicherlich hilfreich gewesen. So gab es sehr viele Informationen und zu wenig Diskussionszeit. Wir wurden davon erschlagen, waren schnell erschöpft und ermüdet.

Der Konferenzraum war zu klein, zu eng, zu dunkel.

2. Inhaltlich

Die Konsultation vermittelte viele wichtige Anstöße und bot komprimierte Zusammenfassungen von bekannten Inhalten. Ich kann nur einige wenige benennen.

Erinnern möchte ich dabei an den „Paradigmenwechsel“, den Prof. Dr. Ulrich Körtner beschrieben hat: gegenwärtig „ruckelt“ sich die Weltlage neu zusammen, der Nahe Osten kommt zu uns. Diese Veränderungen sind größer als das Zusammenbrechen der Dichotomien 1989.

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Antijudaismus, Antizionismus, Philosemitismus und den Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist notwendig – Henning Flad machte deutlich, dass manche AutorInnen als „jüdische Schutzschilde“ benutzt werden, dass manche vergleichbar den Hofjuden in früheren Jahrhunderten als Paten für die ewig alten Behauptungen und Klischees gebraucht werden. Auch da ist sachliche Auseinandersetzung notwendig.

Jens Nieper brachte den Ausdruck „Querschnittssolidarität“ ein, der die Denkfigur von der „doppelten Solidarität“ ablösen soll.

Die Hoffnungs- und Ausweglosigkeit der Palästinensischen Botschafterin Khoulood Daibes abu Dayyeh rührte mich sehr an.

Katja Buck forderte uns heraus, unsere christlichen Geschwister in der Region und aus der Region Naher und Mittlerer Osten ernst zu nehmen – und zwar als ökumenische und ekklesiologische Herausforderung, nicht einfach nur als Objekt unseres diakonischen Handelns.

In der Diskussion mit den PolitikerInnen wurde deutlich, wo im aktuellen Konflikt die Grenzen einer Gesinnungsethik versus Verantwortungsethik liegen und wie sehr eine Realpolitik („So ist das in der Welt“) sich für „Krisenmanagement“ an Stelle von „Konfliktresolution“ einsetzen muss.

In der methodisch gut durchdachten Arbeitseinheit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wurde deutlich, dass „Wir“ nicht verantwortlich sind für den Frieden im Nahen Osten – und dass diese banale Einsicht manchen Druck aus den Diskussionen herausnehmen kann. Ohne ein inhaltliches Engagement stoppen zu wollen.

3. Herausforderungen

Hinweisen möchte ich gerne auf zwei Erkenntnisse aus der Friedensforschung.

Zum einen wurde festgestellt, dass der Zeitraum von den blutigsten Kriegshandlungen und Gewaltausbrüchen bis zur Beilegung und Befriedung oftmals genauso lange dauert wie der Zeitraum von den ersten Anzeichen für einen drohenden Konflikt bis zum Ausbruch von Krieg und Gewalttaten. Wenn man nun den Zeitraum vom Sykes-Picot-Abkommen von 1916 oder vom Lausanner Vertrag von 1923 bis heute in den Blick nimmt und dann etwa den gleichen Zeitraum zur Befriedung hinzuzählt, dann wird in diesem Jahrhundert der Nahostkonflikt nicht beendet sein.

Zum anderen kann ein systemischer Blick hilfreich sein. Es ist nötig, zu fragen, wem die augenblickliche Situation nützt und wer alles ein Interesse daran hat, dass der gegenwärtige Zustand bleibt. Die arabischen Nachbarstaaten gehen unterschiedlich mit der palästinensischen Bevölkerung im eigenen Staatsgebiet um – aus den unterschiedlichsten Gründen und mit verschiedensten Absichten. Monokausale und lineare Erklärungen greifen zu kurz.

Adornos Forderung, „den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann“, wird mir als Herausforderung an unsere Gesellschaft in der aktuellen Situation immer deutlicher. Ich sehe ein ekklesiologisches Ziel unserer Gegenwart darin, Menschen darin zu bestärken, Differenz zu leben. Konstruktiv begleitete Begegnungsprojekte auf vielen Ebenen können dafür ein Gewinn sein.

Und eine letzte Anregung aus der Konsultation möchte ich nennen: zu lernen, multiperspektivisch zu leben. Es positiv auszuhalten, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Und dass jede Sichtweise nur begrenzt sein kann.

b) Ulf Preuß,

Zwischen Hoffnung, Illusion und Komplexität³⁶

„Wir brauchen eine Querschnittssolidarität“. Dieser Satz des Nahost-Referenten des Berliner Missionswerks, Jens Nieper, prägte die Tagung der Evangelisch-reformierten Kirche zum Frieden im Nahen und Mittleren Osten. Zweieinhalb Tage lang setzten sich 30 Mitglieder aus den Ausschüssen Theologie, Juden und Christen sowie Partnerschaft und Mission intensiv mit der Frage auseinander „Was fördert den Frieden im Nahen und Mittleren Osten“.

Jens Nieper meinte mit seiner Forderung nach der Querschnittssolidarität, dass die alten Blöcke der Solidarität auf der einen Seite mit dem jüdischen Staat Israel und auf der anderen Seite mit den Palästinensern der Lage in der Krisenregion nicht gerecht werden. Auch in der Evangelisch-reformierten Kirche gibt es diese Lager. Nieper wünscht sich eine Ablösung des alten Begriffs der

³⁶ <http://reformiert.de/nachricht/items/zwischen-hoffnung-illusion-und-komplexitaet.html>, zuletzt abgerufen am 29.05.2016

doppelten Solidarität. In der verworrenen Situation sei es hilfreich, jeweils genau hinzusehen, „wer dort unsere Verbündeten sind“.

Ausrichter der Friedenskonsultation vom 12. bis 14. Oktober 2015 in Berlin war die Evangelisch-reformierte Kirche in Kooperation mit Aktion Sühnezeichen – Friedensdienste. Neben dem ehemaligen Botschafter Israels, Shimon Stein, dem ehemalige SPD-Außenpolitiker Karsten Voigt und den Bundestagsabgeordneten von CDU und Grünen, Gitta Connemann und Volker Beck war auch die diplomatische Vertreterin der Palästinenser in Deutschland Khouloud Daibes Gesprächspartner in der Konsultation.

Shimon Stein und Karsten Voigt waren sich in einem sehr einig: Die alte politische Einschätzung aus dem vergangenen Jahrhundert, dass der Frieden zwischen Israel und Palästina der Schlüssel für einen Frieden im Nahen Osten sei, gelte nicht mehr. „Die Region wird nicht stabiler, wenn Israel und Palästina Frieden schließen“, so der ehemalige SPD-Außenpolitiker. Stein ergänzt: „In der aktuellen Eskalation ist ein Ende nicht absehbar.“ Stein und Voigt gaben den Teilnehmern der Konsultation klare Aussagen mit auf den Weg, die alle unter einen zweiten, die Tagung prägenden Begriff fallen: Die Lage ist extrem komplex. So meint Stein, dass die deutsch-israelische Beziehung keine deutsche Herzensangelegenheit sei, jedenfalls nicht bei der Mehrheit der Bevölkerung. In den nächsten Jahren werde der Ausgangspunkt für diese Beziehungen, die Rolle der Shoa, in ihrer Bedeutung abnehmen. Gegenseitige Interessen würden wichtiger, die Komplexität nähme zu. Karsten Voigt redet einer pragmatischen Außenpolitik das Wort. Wenn das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson gehören, wie es kürzlich die Bundeskanzlerin bestätigte, dann müsste Deutschland auch bereit sein, Israel im Angriffsfall zu verteidigen. Verantwortungsethik sei gefragt, keine Gesinnungsethik.

Die Komplexität der Lage im Nahen Osten machte auch das Grußwort der palästinensischen Botschafterin in Deutschland, Khouloud Daibes, deutlich. Sie sprach von großer Hoffnungslosigkeit in den Palästinensergebieten. „Es ist der Zeitpunkt nah, wo es weder in der palästinensischen Welt noch in der israelischen Träger einer politischen Lösung gibt“, sagte die diplomatische Vertreterin wenig diplomatisch. „Es gibt nicht die Hoffnung, dass der Status quo erhalten bleibt. Jeden Tag wird unser Gebiet kleiner, die Siedler werden gewalttätiger.“

Die Tagung weitete zudem den Blick über den israelisch-palästinensischen Konflikt hinaus – was die Beantwortung der Frage der Konsultation erwartungsgemäß nicht einfacher machte. So stellte der deutsch-österreichische Theologe und Ethiker Ulrich Körtner mit Blick auf den Staatsgründungsprozess des sogenannten Islamischen Staates die bisherigen friedensethischen Aussagen der Kirchen in Frage. „Die Frage nach neuen militärischen Einsätzen wird sich stellen – und es gibt in der EKD dafür keine hinreichenden Kriterien“, so Körtner. Die bisherigen friedensethischen Aussagen seien dem politischen System der 90er Jahre verhaftet. So sei dort immer von einer Gewalt die Rede, „die Recht wieder herstellen“ solle – und nicht von einer, „Recht schaffenden Gewalt“. Wenn eine politische Lösung gegen den IS die Einrichtung von Schutzzonen sei, gehe es nicht ohne militärische Gewalt, meinte Körtner.

Auch die Journalistin Katja Buck gab den Teilnehmern der Tagung Aufgaben mit auf den Weg. Sie forderte einen größeren Einsatz für die Christen im Nahen Osten. „Ihr habt den Nahen Osten aufgegeben“, sagte sie provozierend an die Kirchen in Deutschland gerichtet. Irak und Syrien würden bald christenfrei sein, so Buck. Aus diesen Ländern käme der in ihren Augen berechtigte Vorwurf, im Stich gelassen zu werden.

Galt bislang immer bei allen internationalen Konflikten – so auch im Nahen Osten - , dass den Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle zugesprochen wurde, wurde den Teilnehmern auch diese Illusion genommen. Karsten Voigt wies daraufhin, dass bei allen wichtigen bisherigen Schritten auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung zwischen Israel und Palästina die UN nicht beteiligt gewesen sei: nicht in Camp David, nicht in Oslo. Die CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-israelischen Gesellschaft, Gitta Connemann, forderte eine Führungsrolle der EU und wurde dabei nicht konkret.

„Was fördert den Frieden im Nahen und Mittleren Osten?“ Die Konsultation förderte wenigstens eine Einsicht zutage: Das Eintreten ausschließlich für die Interessen der einen Seite oder der anderen Seite – für die Sache der Palästinenser oder für die Sache der Israelis bringt die Menschen dem Frieden nicht näher.

Ulf Preuß, 19. Oktober 2015

**c) Christine Kimmich,
Mail vom 19.10.2015, 11:05 Uhr**

Lieber Herr Heimbucher,
herzlich danken möchte ich noch einmal für die hervorragende Tagung in Berlin. Für die Weiterarbeit im Friedens-Ausschuss zum Thema "Naher Osten" kann ich mir keine bessere Fortbildung denken.

Im Anhang schicke ich Ihnen das von uns erbetene kurze Fazit.

Herzlich grüßt
Christine Kimmich

Was fördert den Frieden im Nahen und Mittleren Osten?

Zur Friedens-Konsultation in Berlin vom 12. - 14. 10. 2015

Immer wieder persönlich bedrängt vom Unfrieden zwischen den „Fans Israels“ und den „Fans der Palästinenser“, der den Unfrieden im Nahen Osten spiegelt, bin ich nach der höchst informativen Friedens-Konsultation in Berlin ein Stück weit „befriedet“.

Durch die verschiedenen kompetenten und „mit Herzblut“ vorgetragenen Sichtweisen auf die komplexe Situation in Israel, Palästina und darüber hinaus sehe ich die Antwort auf die Frage „Was fördert den Frieden?“ mehr denn je darin, dass Christen und Kirche alles denkbar Mögliche dazu beitragen sollten, dass Begegnungen von Betroffenen über Grenzen und Mauern hinweg stattfinden können, dass sie von der eigenen Realität erzählen können, dass auf einander gehört und mit einander geredet werden kann, damit die immer gleichen Schuldzuweisungen überwunden werden und die Komplexität der Situation ausgehalten werden kann.

Dazu passt ein Satz vom Ökumeniker Ernst Lange:

„Glücklich sind die, die den Mut haben, zwischen den Stühlen zu sitzen, denn das ist der Platz neben Jesus“. (gefunden in einem Faltblatt der Berliner Stadtmission)

Christine Kimmich, Leer-Loga, 19. 10. 15

**d) Paul Oppenheim,
Mail vom 25.10.2015, 16.49 Uhr**

Lieber Herr Smoor,
im Nachklang zu unserer Konsultation in Berlin sende ich Ihnen einige Überlegungen zu, die ich als „Ertrag der Konsultation“ mitgenommen habe und gewissermaßen in den großen Topf werfen möchte.

Meine Eingangsfrage bezüglich der palästinensischen Lager wurde ja von Karsten Voigt und den anderen MdBs so aufgenommen, dass ich daraus den Schluss ziehe, wir sollten ruhig als Kirche den Ausstieg Deutschlands aus der Finanzierung der Flüchtlingslager durch das UNO-Flüchtlingswerk und die Integration der palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Nachbarländern Israels fordern. Kein Land ist mit dieser Forderung glaubwürdiger als Deutschland, das Millionen deutschstämmiger Flüchtlinge nach dem Krieg absorbiert hat und sich jetzt vielen arabischen Flüchtlingen nicht verschließt.

Herzliche Grüße,
Ihr
Paul Oppenheim, Hannover

Ertrag der Friedens-/ Nahost-Konsultation in Berlin

Stichworte:

Querschnitts-Solidarität

Auf keinen Fall 100% Solidarität mit dem Staat Israel, vor allem nicht mit dessen aktueller Regierung. Auch nicht 100% Solidarität mit Palästinensern. Vielmehr diejenigen unterstützen, die sich konstruktiv um ein Zusammenleben in Frieden bemühen und nicht mit Kritik sparen, wo Unterdrückung oder Terror das Gegenteil bewirken.

Treue Gottes

mit seinem Volk Israel bedeutet auch in der Bibel nicht, dass Gott den politischen Weg des Staats immer absegnet und gutheißt. Gott kann sich auch von einem König Israels oder Judas abwenden, seine Gunst entziehen und das Volk strafen.

Fragen zu unserem Verhältnis zu Israel:

Ist der Staat Israel von heute noch derselbe, mit dem wir eine „gemeinsame Geschichte“ hatten? Heute haben jene Israelis die Mehrheit, die aus arabischen Ländern vertrieben wurden bzw. aus Russland eingewandert sind.

Was hat das für Konsequenzen für unser „besonderes“ Verhältnis zu Israel?

Arabische Christen:

Dadurch, dass sich Muslime weltweit mit den Palästinensern solidarisieren, schürt der regionale israelische-palästinensische Konflikt die weltweite Auseinandersetzung zwischen „dem Westen“ und „dem Islam“. Die Tatsache, dass es arabische Christen gibt, gerät dabei aus dem Blick. Wie können wir uns sichtbarer, hörbarer mit den arabischen Kirchen solidarisieren und sie stärken, um die Polarisierung in der Region zu entschärfen?

Ökumene:

Die deutschen evangelischen Kirchen stehen mit ihrer unkritischen Haltung zu Israel ziemlich alleine. Gerade die reformierte Konfessionsfamilie (Weltgemeinschaft reformierter Kirchen) bringt ihre Unterstützung für Palästina immer kräftiger zum Ausdruck und verurteilt die israelische Regierungspolitik, insbesondere die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten schonungslos. Wie finden wir als Reformierte in Deutschland einen Weg der kompatibel ist mit der Stimme der Ökumene (ÖRK, WGRK usw.)?

e) Reinold Robbe,
aus seinem Brief an den Kirchenpräsidenten der Evangelisch-reformierten Kirche vom 19. November 2015

„Lieber Herr Dr. Heimbucher,

...

Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen noch einmal von ganzem Herzen danken für Ihre Initiative der Friedenskonsultation vor wenigen Wochen zu der Frage „Was fördert den Frieden im Nahen und Mittleren Osten?“. Für mich zählt diese Tagung zu den intensivsten und zielführendsten in diesem Themenbereich in den zurückliegenden Jahren.

Damit haben Sie, lieber Herr Dr. Heimbucher, und gleichzeitig auch unsere Kirche ein sichtbares und wertvolles Zeichen gesetzt. Im Lichte der derzeitigen politischen Situation können wir die Aktualität und Bedeutung des Themas erst richtig ermessen und dürfen darüber hinaus dankbar sein, mit dieser Tagung gute und wichtige Grundlagen für einen Diskurs in unserer Kirche erarbeitet zu haben.“

f) Martin Heimbucher,
Konsequenzen aus der Berliner Friedenskonsultation
Theologische und politische Erwägungen

1. „Was fördert den gerechten Frieden im Nahen und Mittleren Osten?“, so haben wir im Frühjahr 2014 die Leitfrage unserer Berliner Konsultation im Oktober 2015 formuliert.

Die Ereignisse der letzten 18 Monate vor Augen:

- die Verschärfung und Internationalisierung des syrischen Bürgerkriegs,
- der Feldzug und die Schreckensherrschaft des IS im Irak und in Syrien,
- der von Hamas-Raketenangriffen provozierte entsetzliche Militärschlag der israelischen Armee auf den Gaza-Streifen,
- der anhaltende Strom syrischer Flüchtlinge zunächst in die umliegenden Länder, dann auch nach Mitteleuropa und in unser Land

und nach den ebenso erhellenden wie ernüchternden Beiträgen und Diskussionen in Berlin, wäre ich geneigt, noch zurückhaltender zu fragen:

„Was trägt dazu bei, ein Ausgreifen und weiteres Aufblodern des terroristischen und kriegerischen Flächenbrandes in der Levante und in Nordafrika zu verhindern?“

2. „Der Nahe Osten“ ist ein Begriff aus dem 19. Jahrhundert, der ursprünglich das Osmanische Reich (inklusive des Balkans) bezeichnete. Er verrät bis heute eine eurozentrische Sicht. Der heute international gebräuchliche Begriff „Middle East“ ist geographisch weiter gefasst und schließt den nordafrikanischen Mittelmeerraum ebenso ein wie Kleinasien, sowie das Iranische Hochland zwischen Mesopotamien und Hindukusch. Wir hatten im Titel der Konsultation die beiden eigentlich überholten Begriffe „Naher und Mittlerer Osten“ nebeneinander gestellt, um zu signalisieren: *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern kann nur im weiteren Horizont des „Middle East“ begriffen und auch gelöst werden.*

3. Nah ist uns der „Nahe Osten“ vor allem aus zwei Gründen, einem historisch-theologischen und einem gegenwärtig politischen Grund:

- Diese Region ist uns „nah“, weil in ihr die miteinander verwobenen Wurzeln der drei monotheistischen Religionen liegen. Die Überlieferungen des Alten und des Neuen Testaments gründen in diesem Raum (wie wir unschwer an den unseren Bibeln beigegebenen historischen Landkarten sehen können). Aber auch die islamische Überlieferung und religiöse Praxis orientiert sich an diesem geographischen Raum,

in dem die heiligen Stätten des Islam liegen. Das Zusammenleben der drei monotheistischen Religionen in aller Welt kann nur gelingen, wenn alle drei Religionen auf Exklusivansprüche im Nahen Osten verzichten. Es wird dort funktionierende religiös plurale Gesellschaften geben müssen, wenn nicht der Wahn einer ethnischen oder religiösen „Reinheit“ zu weiteren gegenseitigen Zerstörungen führen soll.

- Diese Region ist uns heute auch deshalb „nah“, weil die in diesem Raum schwelenden oder brennenden Konflikte von Libyen bis Afghanistan, von Albanien über die Türkei bis in den Iran oder nach Saudi-Arabien unmittelbare und gravierende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Wechselwirkungen mit den Ländern der Europäischen Union zeitigen. „Wenn Europa nicht den Nahen Osten besucht, dann besucht der Nahe Osten Europa“, sagte Shimon Stein in Berlin im Blick auf die Flüchtlingswellen.

4. Aufgrund dieser bereits Jahrtausende umfassenden, aber auch gegenwärtig hoch wirksamen kulturellen, religiösen, politischen und wirtschaftlichen Verbundenheit zwischen Europa und dem „Nahen Osten“ wird deutlich, wie geschichtsvergessen und realitätsblind der Versuch der europäischen Rechtspopulisten ist, das „Abendland“ gegen den Orient, den Westen gegen den Osten, Judentum und Christentum gegen den Islam ausspielen zu wollen. Denn Europa und der „Nahen Osten“ stehen oder fallen damit, dass die Gestaltung eines friedlichen Zusammenlebens zwischen den Völkern, Kulturen und Religionen in und zwischen den Regionen gelingt. Die Geschichte in diesem Raum ist voller Beispiele dafür, wie die Versuche einseitiger hegemonialer Ansprüche des Westens über den Osten oder des Ostens über den Westens den Keim der Selbstzerstörung in sich tragen. Von Bestand und Wohlstand waren in diesem Raum nur jene Systeme, denen es gelang, heterogene Kulturen zu integrieren, ohne sie zu nivellieren.

5. Unsere friedensethische Orientierung als Kirche verdanken wir im Wesentlichen den Überlieferungen des Alten und Neuen Testaments. „Frieden“ (Schalom) und „Gerechtigkeit“ (Zedakah) als Gottes Gaben und als Bestimmungen des Menschen sind uns vorgegeben. Das verbindet uns in der Wurzel mit dem Judentum. Wir sollten es nach Auschwitz ein für allemal gelernt haben: Das Christusereignis ist keine Überbietung, sondern die in der hebräischen Bibel angelegte Universalisierung dieser Gabe und Bestimmung des Volkes Gottes im Horizont der Völkerwelt. Die Ausbreitung des christlichen Glaubens mit seinen jüdischen Wurzeln in der hellenistischen Kultur des Römischen Reiches muss von diesem Ursprung her neu verstanden werden: Nicht als Anlauf zur Gründung christlicher Imperien, sondern als ein notwendig friedvoller geistlicher und geistiger Brückenschlag zwischen verschiedenen Kulturen und Völkern. Die Kirche ist in ihrem Ursprung und Wesen notwendig eine Gemeinde aus Juden und Heiden. Das gilt historisch und ekklesiologisch für die Gemeinden der Urchristenheit und das gilt eschatologisch für das nur von Gott selbst zu vereinende Volk Gottes (Römer 11,32 und Offenbarung 21,3). In dieser Klammer bedenken wir heute beides: die Unterscheidung und die bleibende Verbundenheit von Juden und Christen.

6. Wir führen als Kirche von diesen Orientierungen her das Gespräch mit Menschen, denen vielfach gar nicht mehr bewusst ist, dass unsere Kultur und Gesellschaft von diesen Überlieferungen geprägt sind. Wir begegnen in einer offenen Gesellschaft Menschen, die von diesen Überlieferungen nichts wissen wollen, die sich bewusst von ihnen absetzen oder gegen sie aussprechen. Wir begegnen Menschen, die von anderen Orientierungen geprägt sind: Menschen z.B., die in muslimischen Konfessionen, Traditionen und Lebensformen zu Hause sind und gleichzeitig einer offenen Gesellschaft begegnen und in ihr leben möchten. Wir bekommen es schließlich mit Menschen zu tun, deren Weltsicht von einer ökonomischen Lehre gefiltert ist: von kapitalistischen oder antikapitalistischen Ideologien. Wir können in diesen Gesprächen nicht davon absehen, dass wir unter dem Zuspruch und Anspruch des Einen stehen, der sich als „der Weg, die Wahrheit und das Leben“ (Johannes 14,6) erweist. Freilich dürfen wir dieses Wort wie auch seine Fortsetzung: „Niemand kommt zum Vater, denn durch mich“ nicht konfessionell privatisieren. Das Wort Gottes als Absage an alle Formen der Selbstrechtfertigung ist Ideologiekritik schlechthin. Wir sind vom Chris-

tusgeschehen her zur Kritik an allen Ideologien genötigt, die aber nur dann greift, wenn sie immer wieder bei uns selber beginnt.

7. Das Gebot: „Du sollst nicht töten!“ ist in seinem Sinn nicht zu ermäßigen, sondern im Sinne der Bergpredigt zu erweitern (vgl. Heidelberger 106 und 107): Ich soll die persönliche Integrität meiner Nächsten auch in Gedanken und Worten nicht antasten, ich soll aber auch mir selber keinen Schaden zufügen. Das Gebot darf aber auch nicht durch ein buchstäbliches Verständnis unwirksam gemacht werden. Darum gilt eben auch: „Du sollst nicht töten lassen!“ Die Umsetzung dieser Maxime obliegt in der Regel der staatlichen Gewalt. Dietrich Bonhoeffer hat schon im Frühjahr 1933, im Blick auf den Terror des nationalsozialistischen Regimes, ein bloß erduldetes Zuschauen in Frage gestellt. Er wählte dafür die Metapher des betrunkenen Kutschers, der den Kurfürstendamm herunterrast: Dann gelte es, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern „dem Rad in die Speichen zu fallen“. Angesichts der Millionen von Menschen, die in den letzten Jahren in Syrien bereits drangsaliert, getötet oder verjagt worden sind, ist uns diese Frage in der Gemeinschaft von Staaten auch heute gestellt, sofern wir eine realistische Möglichkeit sehen, wirksam zugunsten einer Eindämmung der Gewalt und zum Schutz der bedrängten Menschen einzugreifen.

8. Wir sind und bleiben als europäische Kirchen den Maximen der Aufklärung und damit „westlichen“ Werten verpflichtet:

- der unantastbaren Würde eines jedes Menschen,
- den unveräußerlichen Menschenrechten,
- der notwendigen Trennung von staatlichen und religiösen Organisationen und Institutionen,
- der Gewaltenteilung, sowie
- der Freiheit des Wortes und der Meinung.

Wir können diese Maximen keinem anderen Land aufoktroyieren. Aber wir müssen sie entschlossen gegen alle Angriffe von innen (Pegida und AfD) und außen (Russischer Revanchismus, Islamismus) verteidigen. Dies tun wir am besten so, dass wir diese Maximen in unserem eigenen Land beherzt und aktiv leben. Wir wissen, dass diese Werte gefährdet sind, sobald wir sie als eine Selbstverständlichkeit ansehen. Gegen Demokratiemüdigkeit, Politikverdrossenheit und gegen die Denunziation von Zeitungen und öffentlich-rechtlichen Sendern aktiv zu sein, ist auch eine Aufgabe für unsere Kirche und unsere Gemeinden. Mit den politisch Verantwortlichen in Regierung und demokratischer Opposition vor Ort, im Land und im Bund bleiben wir im gegenseitig kritischen Dialog verbunden („Verantwortung der Regierenden und Regierten“, vgl. Barmen V).

9. Der auch in unserer evangelischen Kirche vorherrschende Pazifismus des Gefühls bedarf einer selbstkritischen Revision. „Pazifismus“ muss wörtlich (und im Sinne der Seligpreisung) als „pacem facere“, als vorsorgliches Handeln für den Erhalt und die Förderung von Frieden und Recht verstanden werden. Das schließt eine für den Angriffsfall vorzuhaltende hinreichende und dem potentiellen Angreifer überlegene Bewaffnung der Staatsgewalt ein. Das Gewaltmonopol des demokratisch kontrollierten Staates ist eine zivilisatorische Errungenschaft, hinter die wir mental und auch theologisch-ethisch nicht zurückfallen dürfen. Der kirchliche Schutz und die Fürsorge für Kriegsdienstverweigerer fordert notwendig auch den kirchlichen Schutz und die Fürsorge für Polizisten und Soldaten, die im Auftrag unseres Staates Recht und Frieden wahren - im Notfall auch mit Waffengewalt. Ich finde die lakonischen Bemerkungen von Karsten Voigt zur Frage der Waffenlieferungen sehr nachdenkenswert: Auf unserer Konsultation formulierte er sinngemäß: „Deutsche und Israelis haben aus der gemeinsamen Geschichte unterschiedliche Schlüsse gezogen. Darum werden in Deutschland die militärischen Faktoren des staatlichen Handelns notorisch unterschätzt, während sie in Israel notorisch überschätzt werden.“

10. Eindrücklich sind die Befunde der Ernüchterung, die auf unserer Konsultation im Blick auf Israel und Palästina aufgezählt wurden (vor allem von Shimon Stein, Karsten Voigt und Volker Beck):

- Es steht nicht zu erwarten, dass der Konflikt Israels mit den Palästinensern in absehbarer Zeit gelöst werden kann. Beide Gesellschaften sind derzeit offensichtlich „noch nicht reif“ zum notwendigen Kompromiss.
- Ein wirklicher Wille zum Frieden ist bei den Machthabern auf beiden Seiten derzeit nicht zu erkennen. Ohne einen solchen Willen kann der Frieden in Israel und Palästina nicht „erzwungen“ werden. Erst wenn die Gesellschaften keine Alternative mehr haben, kann es zu einschneidenden Veränderungen kommen.
- Wir müssen deshalb „Abschied nehmen von allen Träumen“ (Amos Oz) über das Heilige Land. Gefragt ist aus europäischer Perspektive ebenso wenig Rechthaberei oder Besserwisserei (Volker Beck), notwendig sind vielmehr Beiträge zur politischen Debatte in Israel und Palästina.
- Die einseitige Anerkennung eines (derzeit noch nicht handlungsfähigen) Staates Palästina wäre nicht mehr als eine „Ersatzhandlung“ (Shimon Stein) anstelle von Politik.
- Nur eine Zwei-Staaten-Lösung hat die Chance, auf beiden Seiten einmal eine Mehrheit zu bekommen.
- Die wohlfeile Forderung, die „Ursachen“ des Konflikts zu „bekämpfen“, ist nicht mehr als eine nichtssagende Floskel.

Realistisch ist derzeit eine Politik systematischen Containments, d.h. der Eindämmung der Gewalt. Angesagt ist zunächst Krisenmanagement und leider auf absehbare Zeit noch nicht Konflikt-Lösung.

Während der öffentliche Diskurs über die Außenpolitik in Deutschland vielfach moralistisch und von Emotionen überlagert ist, haben wir die außenpolitischen Experten quer zu den Parteien vor allem als Anwälte politischer Rationalität wahrnehmen können. Sie treten für ein illusionsloses und gerade darin „proaktives“, weitsichtiges und das Zusammenleben förderndes politisches Denken und Handeln ein.

11. „Israel“ ist, wie Martin Stöhr gezeigt hat, mehrschichtig zu verstehen: als Volk, als Land und als Staat. Wir Europäer, insbesondere wir Deutschen sind für Israel in besonderer Weise verantwortlich, weil der europäische Antisemitismus, der in der Vernichtungsindustrie der deutschen Konzentrationslager kulminierte, die Hauptursache der gegenwärtigen Existenz Israels ist. Wir sind als Christen Israel und den Juden vor allem aber deshalb verbunden, weil Gott nach dem Zeugnis der Schrift (Römer 9-11) den Bund mit seinem Volk nicht aufgekündigt hat. Diese grundlegende Einsicht haben wir als Kirche erst nach der Katastrophe des Holocaust theologisch wieder entdeckt und als unser Bekenntnis formuliert. Israel ist Gottes Auserwähltes, Gottes Eigentumsvolk. Diese Erwählung ist kein Privileg, sondern ein Auftrag, den unzählige Juden oft genug teuer und mit ihrem Leben bezahlt haben. Von diesem Volk aus nimmt die Rettung der Völker ihren Lauf: „Das Heil kommt von den Juden.“ (Johannes 4,22) Zuerst um Israels willen weist Gott den Völkern „vom Zion aus“ (vgl. Jes. 2) die Richtung und bahnt ihnen den für alle Menschen heilsamen Weg zum Leben.

12. Eine europäische Kritik an der Politik des Staates Israel erfordert die grundlegende europäische Solidarität mit Israel. Unter dieser Voraussetzung ist Kritik an der Politik Israels selbst ein Ausdruck dieser europäischen Solidarität. Denn zu den Grundlagen der kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Verfassung Europas gehört die Überzeugung der „Verbesserlichkeit“, der Reformbedürftigkeit, aber auch der Reformfähigkeit seiner Systeme.

Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, an die Politik des Staates Israel folgende kritische Fragen zu richten:

- Werden nicht alle Versuche, vollendete Tatsachen zu Ungunsten der Palästinenser zu schaffen, faktisch und verstärkt perspektivisch die Grundlagen der Existenz Israels selber unterminieren?
- Ist darum nicht der Verzicht auf eine Dominanz Israels in den besetzten Gebieten (bei international garantierter und mit einem robusten UN-Mandat versehener Sicherheit für Israel und die Gebiete) recht verstanden zur „Staatsraison“ Israels geworden?
- Hat die Tatsache, dass die israelische Regierung die Siedler in den besetzten Gebieten gewähren lässt und unterstützt, anstatt ein strategischer Vorteil zu sein, sich nicht längst zu einer schweren Hypothek für das Land Israel ausgewachsen?
- Müssen nicht die notorischen militärischen Überreaktionen Israels und die Sicherheitsmaßnahmen, die als Kollektivbestrafung für alle Palästinenser wirken, zu einer Traumatisierung der palästinensischen Bevölkerung führen?
- Widerspricht es darum nicht den Interessen Israels, wenn deshalb Generationen von Palästinensern heranwachsen, die zu einer friedlichen Koexistenz kaum in der Lage sein werden?
- In Israel sollte die Erkenntnis konsensfähig sein, dass feindselige Verhärtungen zu Teufelskreisen führen. Müsste daraus aber nicht die politische Verpflichtung erwachsen, immer wieder neu einseitig „proaktiv“ (Shimon Stein) auszubrechen aus den Teufelskreisen der Vergeltung ?

15. Oktober 2015/ergänzt am 31. Mai 2016

6. Lesenswerte Artikel

a) Ulrich H.J. Körtner,

Kommentar: Neuer Streit um die Friedensethik³⁷

Anmerkungen zur gegenwärtigen Diskussion in der evangelischen Kirche in Deutschland

Äußerungen des deutschen Bundespräsidenten auf der Münchener Sicherheitskonferenz, die Ende Januar 2014 stattfand, ließen im Juni des Jahres in der evangelischen Kirche die Wellen hochschlagen. Gauck, der selbst bekanntlich Pfarrer in der DDR war, hat sich für ein verstärktes Engagement Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik auch auf militärischem Gebiet ausgesprochen und seinen Standpunkt im Sommer nochmals bekräftigt. Seine Aussage trug ihm postwendend die öffentliche Kritik einiger ostdeutscher Pfarrer und von Anhängern der Friedensbewegung ein. Friedrich Schorlemmer hat dem Präsidenten nahegelegt, zu sicherheitspolitischen Fragen lieber zu schweigen oder sich doch wenigstens nicht mit solcher Tragweite zu äußern. Die Auslandsbischofin der EKD, Bosse-Huber, beeilte sich, zu erklären, dass es nach Ansicht der EKD keinen gerechten Krieg, sondern nur einen gerechten Frieden geben kann und dass der Einsatz militärischer Gewalt allenfalls nur als äußerstes Mittel in Frage komme – als ob damit die internationalen sicherheitspolitischen Fragen, zu denen sich Gauck äußerte, auch nur von Ferne beantwortet wären. Dagegen kann man die Äußerungen des damaligen Ratsvorsitzenden Schneider, wonach Militäreinsätze zwar keinen Frieden schaffen, aber massive Gewalt wie im Fall des Südsudans stoppen können, als Unterstützung für den Bundespräsidenten verstehen. Schneider stellte sich klar hinter Gauck und wies den Abgeordneten der LINKEN Norbert Müller mit scharfen Worten zurecht, der den Bundespräsidenten auf Facebook als »üblen Kriegshetzer« beschimpft hatte.

Während Gauck mit seinen durchaus moderaten Worten eine heftige friedensethische Diskussion auslöste, blieben Äußerungen der ehemaligen Ratsvorsitzenden Margot Käßmann nahezu unbeachtet, in denen sie nur wenige Tage nach den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestages der Invasion der Alliierten in der Normandie die ethische Rechtmäßigkeit des Kriegs gegen Hitler in Frage stellte. Kein Militäreinsatz, nicht einmal der Krieg der Alliierten gegen Hitler, könne jemals ethisch gerechtfertigt werden. In einem SPIEGEL-Interview bekräftigte Frau Käßmann ihre Ansichten.

Dass eine solche Aussage in der evangelischen Kirche und ihren Leitungsgremien unkommentiert und unwidersprochen geblieben ist, ist einigermaßen erstaunlich. Vor allem der Publizist Hendryk M. Broder hat die ehemalige Ratsvorsitzende dagegen scharf kritisiert³⁸. Sein Vorwurf lautet, Käßmann delegitimiere den Einsatz der Alliierten und bediene den »Revisionismus der gebildeten Stände«. Die österreichische Journalistin Anne-Catherine Simon hat Frau Käßmann in der »Presse« vom 18. Juni verteidigt³⁹. Während sie Frau Käßmann mit der pazifistischen Lichtgestalt Bertha von Suttner vergleicht, wirft sie Broder »glatte Diffamierung« vor.

M.E. trifft Broders Kritik jedoch zu. Nicht zum ersten Mal polarisiert Frau Käßmann mit ihrer These, der Krieg gegen Hitler sei letztlich genauso wenig zu rechtfertigen wie andere Kriege auch. Das

³⁷ Zeitschrift für Evangelische Ethik, 59. Jg., S. 3 – 7, ISSN 044-267, © Gütersloher Verlagshaus 2015

³⁸ Henryk M. Broder, Pazifismus ist Lifestyle, für den andere bezahlen, in: Die Welt, 16.6.2014 (online: <http://www.welt.de/debatte/henryk-m-broder/article129132977/Pazifismus-ist-Lifestyle-fuer-den-andere-bezahlen.html>; zuletzt abgerufen am 28.6.2014).

³⁹ Anne-Catherine Simon, Zahlt Broder denn, was der Krieg kostet?, in: Die Presse, 18.6.2014 (online: <http://diepresse.com/home/meinung/marginalien/3822939/Zahlt-Broder-denn-was-der-Krieg-kostet>, zuletzt abgerufen am 29.6.2014)

erste Mal vertrat sie diese Ansicht schon zum Jahreswechsel 2009/2010 im Zuge der politischen Auseinandersetzung um den deutschen Militäreinsatz in Afghanistan. Schon damals wurde an ihren Aussagen, die als Delegation des Kampfes gegen Hitler verstanden werden konnten, zu Recht Kritik geübt, und zwar von Politikern und Journalisten unterschiedlichster Couleur. In einer Rede vor dem niedersächsischen Landtag versuchte die Bischöfin zurückzurudern. Die Debatte legte sich zunächst, weil Frau Käßmann im Februar 2010 von ihren Ämtern zurücktrat. Nachzulesen ist das alles in einem 2013 erschienenen Buch von Gerhard Arnold mit dem Titel »Gerechter Friede am Hindukusch?«, das akribisch die Aussagen der EKD zum Afghanistan-Konflikt zwischen 2008 und 2010 auswertet.

Moralische Fehltritte werden durch ihre beständige Wiederholung nicht richtiger. Frau Käßmann zeigt sich nicht mutig und unerschrocken, sondern unbelehrbar. Ihre persönlichen Ansichten decken sich übrigens keineswegs mit der Position der evangelischen Kirche in Deutschland und wohl auch nicht derjenigen in Österreich, die erst 60 Jahre nach dem »Anschluss« in ihrer Stellungnahme »Zeit zur Umkehr« ihre Mitschuld am Antisemitismus und am Holocaust eingestanden hat. Jedenfalls gab es schon 2010 deutliche Stimmen aus der EKD, die sich von Frau Käßmanns Sicht der Dinge distanzieren.

Frau Käßmann beruft sich stets auf die Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007. Diese sucht die klassische Lehre vom gerechten Krieg durch eine neue Lehre vom gerechten Frieden zu überwinden. Eine radikalpazifistische Lesart dieser Denkschrift hat aber am Text keinen Anhalt. Zwar stellt die EKD klar, dass man mit militärischen Mitteln keinen Frieden gewinnen kann, und setzt auf zivile und völkerrechtliche Mittel der Konfliktlösung und Konfliktvermeidung. Sie spricht aber ebenso deutlich davon, dass unter Umständen auch der Einsatz militärischer Mittel zur Erhaltung oder zur Wiederherstellung des Rechts, ohne das keine Friedensordnung bestehen kann, notwendig und ethisch gerechtfertigt sein kann. Die Kriterien hierfür sind aber diejenigen, die wir aus der klassischen Lehre vom gerechten Krieg kennen. Gemessen an diesen Maßstäben war der Krieg gegen Hitler meines Erachtens gerechtfertigt. Und darum war auch der 8. Mai 1945 für Deutschland und Österreich nicht ein Tag der Niederlage, sondern der Befreiung.

Käßmanns revisionistische und ethisch fragwürdige Äußerungen zum 2. Weltkrieg wie auch die Kontroverse um die sicherheitspolitischen Aussagen des Bundespräsidenten machen deutlich, dass es in der evangelischen Kirche weiterhin Klärungsbedarf in Sachen Friedensethik gibt. Die Formel vom gerechten Frieden steht in der Gefahr, zu einer ideologischen Parole zu verkommen.

Dabei hat doch der Afghanistan-Konflikt gezeigt, dass die Friedensdenkschrift von 2007 einige Schwächen aufweist. Der Verlauf des Afghanistan-Einsatzes machte politische und militärische Entscheidungen nötig, die sich nicht einfach in die Logik der Friedensdenkschrift einfügten. Auch spricht diese zu einseitig von rechtserhaltender Gewalt, während bisweilen doch auch eine rechtschaffende Gewalt notwendig ist, ohne die sich auch der Vorrang ziviler Mittel der Friedensschaffung und Friedenssicherung nicht aufrechterhalten lässt.

In ihrer 2013 veröffentlichten Stellungnahme zum Afghanistan-Einsatz, »Selig sind die Friedfertigen«, hat die EKD ihre friedensethische Position nachzubessern versucht⁴⁰.

Allerdings ist die Kammer für öffentliche Verantwortung in wichtigen Punkten zu keinem einhelligen Ergebnis gekommen. Während ein Teil der Kammer die Kriterien der Friedensdenkschrift von 2007 bestätigt sieht und die friedensethische Legitimität des Einsatzes trotz gegebener völker-

⁴⁰ *Kirchenamt der EKD* (Hg.), »Selig sind die Friedfertigen«. Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik. Eine Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD (EKD-Texte 116), Hannover 2013.

rechtlicher Mandatierung sehr kritisch beurteilt, betont ein anderer Teil der Kammer die Legitimität des Militäreinsatzes. Er macht geltend, dass die ursprüngliche Interventionsentscheidung im laufenden Einsatz zu zuvor unvorhergesehenen und ungewollten Gewaltmaßnahmen gezwungen habe, mit denen man auf nicht erkennbare Faktoren und Entwicklungen reagieren musste. Dieser Teil der Kammer zieht aus dem bisherigen Verlauf des Afghanistan-Einsatzes die Konsequenz, dass zwar nicht die Prinzipien, wohl aber die auf einzelne Handlungssituationen bezogenen Kriterien weiterentwickelt werden müssten. Ganz offenkundig besteht weiterer Diskussionsbedarf.

Friedensbewegte Äußerungen, wie sie in den vergangenen Monaten wieder von Frau Käßmann und als Reaktion auf die Aussagen Gaucks zu hören waren, mögen sich im volkswirtschaftlichen Mainstream bewegen. Wer aber bloß die Rhetorik des gerechten Friedens bemüht, handelt nicht nur politisch unverantwortlich, sondern gerät auch theologisch ins Abseits.

Zu Recht hat der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Wolfgang Huber, in einem ZEIT-Interview Ende August 2014 darauf hingewiesen, dass Pazifismus nicht mit Passivität verwechselt werden darf⁴¹. Das wäre nicht nur unethisch, sondern auch unbiblisch. Das Tötungsverbot des Dekalogs interpretiert Huber in der Weise, dass das Töten ebenso gegen den Willen Gottes verstößt wie das Tötenlassen. Ein aktives Friedenshandeln schließt im Notfall den Einsatz von Waffengewalt nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn nur so ein Völkermord verhindert oder gestoppt werden kann. Der Einsatz militärischer Mittel ist aber nur im Rahmen einer politischen Gesamtstrategie zu rechtfertigen, die zivile und diplomatische Mittel der Friedenssicherung und der Herstellung von Frieden umfasst.

Die Friedensdenkschrift von 2007 bezeichnet Militäreinsätze als *ultima ratio*. Die Rede vom letzten Mittel ist aber nicht in einem zeitlichen Sinn zu verstehen. Es kann Situationen geben, in denen es geboten ist, frühzeitig und energisch mit militärischen Mitteln gegen jene vorzugehen, die systematisch das Leben anderer Menschen bedrohen oder vernichten. Es kann auch Situationen geben, in denen nicht die raschestmögliche Reduzierung der Truppenstärke, sondern eine vorübergehende Intensivierung des Militäreinsatzes nötig ist, um schlicht eine Lage zu schaffen, in denen die Mittel der Diplomatie und des zivilen Aufbaus durch Hilfsorganisationen und NGOs wieder zum Einsatz kommen und für eine friedliche Konfliktlösung eine realistische Erfolgsaussicht besteht.

Auch diese Einsicht riefen die Ereignisse im blutigen Sommer 2014 schmerzhaft in Erinnerung, als die für viele überraschenden militärischen Erfolge des terroristischen »Islamischen Staates« (IS) und die durch seine Kämpfer verübten Grausamkeiten und Vertreibungen eine internationale Antwort verlangten, weil der irakische Staat und seine Armee offensichtlich nicht in der Lage waren, den IS aus eigener Kraft zu bekämpfen. Natürlich mag man trefflich über die politischen Versäumnisse der ehemaligen irakischen Regierung unter dem schiitischen Präsidenten Maliki und die Fehler der Irakpolitik der USA rasonieren, ohne die der IS in seiner jetzigen Form gar nicht hätte entstehen können. Auch die Syrienpolitik der westlichen Staaten trägt eine Mitschuld daran, dass der IS ein zusammenhängendes Territorium schaffen konnte, das sich bis nach Syrien ausdehnt und in dem er seine fundamentalistische Schreckensherrschaft errichten konnte. Solche retrospektiven Analysen helfen aber nicht weiter, wenn es akut darum geht, das Leben von ganzen Volksgruppen und religiösen Minderheiten wie den Christen und den Jesiden im Nordirak zu schützen und einen Aggressor zu stoppen, der überhaupt nicht an Verhandlungen interessiert ist, sondern

⁴¹ Wolfgang Huber, Im Notfall: Waffengewalt (Interview: Evelyn Finger), in: Die Zeit, Nr. 36, 29.8.2014, (online abrufbar unter <http://www.zeit.de/2014/36/wolfgang-huber-pazifismus-militaereinsaetze>; zuletzt abgerufen am 12.9.2014).

für seine Gegner nur Verachtung übrig hat. Zudem kommt ein nicht geringer Teil von IS-Kämpfern aus europäischen Ländern, die im Fall ihrer Rückkehr für Europa ein Gefahrenpotential darstellen.

In dieser Situation sah sich die deutsche Bundesregierung im Sommer 2014 vor die Frage gestellt, sich zumindest indirekt militärisch im Nordirak zu engagieren und Waffen an die Kurden zu liefern. Mit diesem Schritt hat Deutschland seinen jahrzehntelangen Grundsatz, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, zwar nicht völlig aufgegeben, aber doch entscheidend modifiziert.

Führende Vertreter der EKD haben die Entscheidung der deutschen Bundesregierung dennoch gebilligt und die Ansicht vertreten, sie lasse sich in Übereinstimmung mit den friedensethischen Grundsätzen der evangelischen Kirche rechtfertigen. Es handele sich – so der im November 2014 gewählte Ratsvorsitzende der EKD Heinrich Bedford-Strohm – um einen klassischen Fall von »responsibility to protect«. Der Rat der EKD sprach sich Ende September 2014 für einen internationalen Militäreinsatz im Irak aus, jedoch möglichst nicht ohne UN-Mandat.

Der inzwischen aus dem Amt geschiedene Ratsvorsitzende Schneider erklärte, es gehe für die von IS verfolgten Menschen in erster Linie um Nothilfe, um Essen und Trinken, um sichere Unterkünfte und medizinische Versorgung, nicht um Waffen. Wohl lasse sich aus dem Evangelium der Verzicht auf Gewalt ableiten, es gebiete aber nicht, tatenlos zuzuschauen, wie andere Menschen gequält, enthauptet oder versklavt werden⁴². Unter Hinweis auf Dietrich Bonhoeffers Wort, man müsse gegebenenfalls dem Rad in die Speichen fallen, um jene zu schützen, die unter die Räder geraten, folgerte Schneider: »Die moralische Qualität der Waffenlieferungen für den Widerstand gegen die IS hängt nicht allein an den Werten und Normen derer, die in Deutschland diskutieren und entscheiden. Sie entscheidet sich auch daran, was das Tun oder Lassen für die Menschen in Not bedeutet.« Er zollte denen Respekt, welche sich gegen die Waffenlieferungen an die Kurden aussprachen, doch befürwortete er im vorliegenden Fall eine Politik, die nicht allein durch humanitäres und diplomatisches, sondern auch durch militärisches Handeln zu helfen sich bemühe. Der neue evangelische Militärbischof Rinke erklärte dagegen, mit Waffenlieferungen an die Kurden im Irak tue er sich schwer. Dass Frau Käßmann auf die Entscheidung der Bundesregierung mit Unverständnis und Ablehnung reagierte, war zu erwarten.

Die Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) forderte ihre Mitgliedskirchen im vergangenen Sommer auf, mit den Regierungsverantwortlichen ihres Landes Kontakt aufzunehmen, um Schutz, rasche Hilfe und ein Ende der Gewalt gegen religiöse und ethnische Minderheiten zu fordern. Zur gleichen Zeit trat der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich für ein internationales Eingreifen im Irak ein. Die österreichische Regierung sei aufgerufen, gemeinsam mit weiteren EU-Ländern bei den Vereinten Nationen für »zweckdienliche Maßnahmen« einzutreten, um den Terror zu beenden. Zweckdienliche Maßnahmen schließen freilich verklausuliert auch militärische Mittel ein.

Was die EKD betrifft, so besteht alles in allem der Eindruck, dass die EKD auf die neuen internationalen sicherheitspolitischen Herausforderungen, welche letztlich auch deutsche Sicherheitsinteressen berühren, eher hilflos reagiert hat. Die Friedensdenkschrift von 2007 spielt in der deutschen Öffentlichkeit ohnehin kaum eine Rolle. Sie scheint aber selbst für die EKD keine ausreichende Basis zu bieten, um zu einer klaren kirchlichen Position zu finden, die in der politischen

⁴² Erklärung des Vorsitzenden des Rates der EKD zum Konflikt im Nord-Irak vom 27.8.2014, http://www.ekd.de/vortraege/2014/20140828_schneider_irak.html (zuletzt abgerufen am 12.9.2014).

Debatte über Deutschland aktuelle und künftige Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik eine substantielle Orientierungshilfe bieten könnte.

Wenn zum Beispiel immer wieder betont wird, aus der deutschen Geschichte sei die Lehre zu ziehen, sich auch künftig in militärischer Zurückhaltung zu üben, scheinen manche evangelischen Vertreter mental noch immer in der Zeit vor 1989 und den friedensethischen Debatten in der Zeit des Ost-West-Konflikts zu stecken. Selbst gegenüber dem Jahr 2007, in dem die EKD ihre letzte Denkschrift zur Friedensethik veröffentlicht hat, hat sich die geopolitische Lage bekanntlich nochmals dramatisch verändert. Es steht auch nicht zu erwarten, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Vorbild sich in absehbarer Zeit weltweit durchsetzen werden. Das schnelle Ende des arabischen Frühlings, aber auch die politische Entwicklung in China spricht eine andere Sprache. Darum muss zum Beispiel die Frage erlaubt sein, wie realitätsgerecht der Glaube an die Vereinten Nationen als sicherheits- und friedenspolitischen Akteur ist, dem die EKD-Denkschrift von 2007 huldigt. Es geht bei vielen gewaltsamen Konflikten auch nicht nur um das Problem der *rechtserhaltenden*, sondern auch der das Recht allererst wiederherstellenden Gewalt bzw. um einen Einsatz von Gewalt, ohne den sich gar nicht die Bedingungen schaffen lassen, um Recht zu schaffen oder wiederherzustellen. Die Denkschrift mit ihrer Lehre vom gerechten Frieden enthält gewiss wegweisende Überlegungen, doch ist mit ihr in Sachen Friedensethik im 21. Jahrhundert sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen.

*O. Univ.-Prof. Dr. DDr. h.c. Ulrich H.J. Körtner
Vorstand des Instituts für Systematische Theologie und Religionswissenschaft
Evangelisch-Theologische Fakultät, Universität Wien
Schenkenstraße 8–10
A–1010 Wien
Vorstand des Instituts für Ethik und Recht in der Medizin, Universität Wien
Spitalgasse 2–4, Hof 2.8
A–1090 Wien
ulrich.koertner@univie.ac.at*

**b) Karin Kneissl,
Nahe Osten: Einstürzende Staatsgebilde⁴³**

08.09.2015 | 18:19 | Die Presse

In der gesamten Region löst sich gerade die nach 1918 dorthin exportierte Westfälische Ordnung auf. Nicht nur in Syrien und im Irak zerfällt der Territorialstaat. Der nächste betroffene Staat könnte Erdogans Türkei sein.

„Das ist der Anfang vom Ende der Westfälischen Ordnung“, hieß es in einem Grundsatzpapier radikaler Islamisten unter dem Titel „Dschihadistischer Irak – Hoffnungen und Gefahren“ vom Dezember 2003. Als Westfälische Ordnung wird das System souveräner Territorialstaaten bezeichnet.

Der letzte große Religionskrieg, der nach 30 Jahren und der Ausrottung der Hälfte der europäischen Bevölkerung mit dem Westfälischen Frieden 1648 endete, wurde zur Zeitenwende. Nicht mehr die Religion bildete das Band zwischen Untertanen und Herrscher, sondern das Territorium. Die Basis für den Nationalstaat war gelegt, und das Gewaltmonopol war fortan in staatlicher Hand. Die Westfälische Ordnung bestimmt trotz ihrer Defizite seither unser Zusammenleben.

⁴³ http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/4816452/Nahe-Osten_Einstuerzende-Staatsgebilde; zuletzt aufgerufen am 24.05.2016

Aufgelöste Staatsgrenzen

Mit der Proklamation des grenzüberschreitenden Kalifats des Islamischen Staates IS im Juni 2014 wurde das von Europa nach dem Ersten Weltkrieg in den Nahen Osten exportierte Modell des Territorialstaates teilweise aufgelöst. Denn die Grenze zwischen Syrien und dem Irak besteht in weiten Teilen nicht mehr. Man fühlt sich an jenes Strategiepapier von 2003 erinnert, das mit den Anschlägen in Madrid am 11. März 2004 internationale Aufmerksamkeit erlangte.

Ein neues Gemeinwesen, basierend auf Religion, will nun die alten Nationalstaaten ersetzen. Damit ist die Westfälische Ordnung über den Haufen geworfen.

Die Zerstörung von Syrien und dem Irak hängt eng mit den Kriegen zusammen, die der Westen im Namen von Regimewechsel und Demokratie losgetreten hat. Der IS schafft seinerseits nun Staatlichkeit und wächst zusehends. Damit stehen weitere Nationalstaaten – wie die Türkei – an der Kippe, sowohl durch den Größenwahn des autoritären Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wie auch vom expandierenden Kalifat zersplittert zu werden.

Während noch die Kämpfe marodierender Landsknechte in Mitteleuropa tobten, trafen sich Protestanten und Katholiken getrennt in Münster und Osnabrück, um über eine Neuordnung zu beraten. Damals noch nicht absehbar war, dass aus Angehörigen von Glaubensgemeinschaften alsbald Bürger souveräner Staaten würden.

Die Aufklärung und bürgerlichen Revolutionen schufen letztlich den Citoyen, frei von religiöser und ethnischer Bindung, aber durch Steuerpflicht und Staatsbürgerschaft dem Staat verbunden und von diesem theoretisch geschützt. Dieses Ideal des freien Staatsbürgers strebten einst auch die arabischen Nationalisten an, die sich gegen das Osmanische Reich bzw. die Kolonialmächte erhoben. Auch all jene säkularen Menschen, die von Nordafrika einst nach Europa reisten, wollten frei sein von allem religiösen Zwang, der sich in ihren Staaten wieder breitmachte. Viele Muslime im aktuellen Europa stellen aber die Religion über alles andere.

Gläubige und Ungläubige

Wir erleben seit dem Zerfall Jugoslawiens und den ethnischen Säuberungen vom Irak bis nach Mali die Rückkehr der Glaubensgemeinschaften. Teils begeben sich die Menschen freiwillig in diese Gruppe, teils werden sie gezwungen, weil der Staat zerbricht, ihnen keinen Schutz mehr gewährt und die jeweilige religiöse oder ethnische Miliz die Kontrolle über den Alltag übernimmt.

So wurde die irakische Armee zu einer schiitischen Miliz, auch wenn die USA über 25 Milliarden Dollar in deren Aufbau gesteckt hatten; nachdem sie zuvor die funktionierende und relativ republikanisch organisierte Armee des Irak bei ihrem Einmarsch 2003 aufgelöst hatten. Der IS, der sich stark an der wahabitischen Glaubenslehre orientiert, sieht sich als Schutzmacht der rechtgläubigen Sunniten. Wer gläubig und wer ungläubig ist, bestimmen sie. So diktieren deutsche Konvertitinnen den Syrerinnen in Raqqa, wie sie sich zu verhüllen haben. Die Ungläubigen, allen voran die schiitischen Muslime, sind zu vernichten. Der Rest ist zu versklaven. Selbst die im Koran nachzulesende Kriegsführung zur Zeit des Propheten erscheint humaner als die Gegenwart. Beunruhigend ist der öffentliche Diskurs. So werden in saudischen Sendern die Schiiten, gegen die die Führung im Jemen, in Bahrain ebenso wie in Syrien Krieg führt, als Ratten dargestellt. Den Ungläubigen wird das Recht auf Existenz abgesprochen.

Geopolitische Rochaden

Als der Muslimbruder Mohammed Mursi noch Ägyptens Präsident war, nannte er jene Ägypter, die gegen ihn demonstrierten, Ungläubige und Terroristen. Ähnlich hält es der starke Mann der Türkei, der seine Gegner, die sich nicht nur unter den Säkularen und den Kurden finden, gerne als „Feinde Gottes“ bezeichnet. Der bevorstehende Wahlkampf wird die vielen Spannungen, die die türkische Gesellschaft zu zerreißen drohen, nur verschärfen. Die fast täglichen Anschläge tun

das ihrige. Gräben in der Türkei bestehen auch zwischen den rivalisierenden Islamisten und den Verlierern des beendeten Wirtschaftsbooms.

2023 strebt Erdoğan als wesentliches Datum für seine Präsidentschaft an. Dann will er 100 Jahre Republik feiern und seinen baulichen und politischen Größenwahn mit viel Pomp begehen. Die Deadline – und dies im tieferen Sinne dieses Wortes – könnte für den soliden türkischen Nationalstaat, den Kemal Atatürk und seine Truppen zwischen 1920 und 1923 aus der osmanischen Konkursmasse schufen, bereits eher brisant werden. Denn mit der Kantonisierung Syriens und der Entstehung ethnischer Teilstaaten – also Alawitistan, Sunnistan etc. – könnte auch die kurdische Staatlichkeit wahrscheinlicher werden. Die geopolitischen Rochaden werden viele beuteln.

Alte Reiche, fragile Staaten

Nicht alle Staaten der Region sind Ergebnisse des kolonialen Exports des Westfälischen Modells. Saudiarabien entstand 1932 im Zuge eines „Heiligen Kriegs“, eines Jihad. Die kleinen Emirate im Golf wurden von den Briten als Handel-Comptoirs für die Reise nach Indien geschaffen, sie gleichen heute mehr Supermärkten in der Wüste.

Anders verhält es sich mit den alten Reichen Iran und Ägypten, die auf mehr als 4000 Jahre Staatlichkeit zurückblicken. Beide Staaten haben auch ihre Bruchlinien. Doch sie stehen nicht an der Kippe, wie gegenwärtig die Türkei. Ägypten stützt sich auf die Armee, die in der Türkei entmachtete wurde. Und der Iran könnte demnächst auf Augenhöhe mit den USA als regionaler Hegemon auftreten.

Vieles dreht sich auf dem nahöstlichen Schachbrett, wo mehr religiöse Unordnung als die Westfälische Ordnung dominiert. Chaos macht sich breit. Eine Unterform davon ist der Staatenzerfall. Diesen gab es zu allen Zeiten. Doch etwas scheint brisanter an der gegenwärtigen Unordnung im Nahen Osten, der uns verdammt nahe ist. Erinnern wir uns: Die schlimmsten Glaubenskriege, bei denen es stets um Macht und Anspruch auf moralische Überlegenheit geht, tobten in Europa, nicht in Asien. Die Westfälische Ordnung brachte uns einst aus dem Schlamassel heraus.

c) Shimon Stein,

Am Ende stünde ein Blutbad⁴⁴

Weshalb es zur Zwei-Staaten-Lösung trotz allem keine Alternative gibt.

Seit der gescheiterten Mission des US-Außenministers Kerry vom letzten April befinden sich die israelisch-palästinensischen Verhandlungen in einer Sackgasse. Das hat manche verzweifelte Kritiker am Status Quo zu der Schlussfolgerung geführt, die Option einer Zwei-Staaten-Lösung sei vorüber. Nun sei es an der Zeit, über andere „realistische“ Lösungen nachzudenken. Mittlerweile ist es salonfähig geworden, laut über eine Einstaaten- oder eine Binationale-Lösung für den Nahostkonflikt nachzudenken.

Dahinter steckt die Logik, dass die jüdische Besiedlung der West Bank so weit vorangeschritten ist, dass eine Räumung der Siedlungen politisch fast unmöglich ist.

Natürlich wäre eine solche Umsiedlung eine politisch schwierige Herausforderung. Mit ihr muss sich die israelische Gesellschaft auseinandersetzen (und zwar je früher desto besser) – mit allen Folgen, die damit verbunden sein könnten. Aber so weit sind wir noch nicht.

Trotz aller Schwierigkeiten, die noch vor uns Israelis und Palästinensern liegen, gibt es meiner Meinung nach keine andere realistische Lösung als die Zwei-Staaten-Lösung. In einem Vortrag, den der israelische Schriftsteller Amos Oz vor einiger Zeit gehalten hat, sprach er von „Träumen“, von

⁴⁴ <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/am-ende-stuende-ein-blutbad-960/>; zuletzt aufgerufen am 24.05.2016

denen man so schnell wie möglich Abschied nehmen sollte. Wenn es zu zwei Staaten nicht kommen wird, so Oz, dann wird es einen Staat geben. Und wenn es ein Staat sein wird, dann wird es ein arabischer Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer sein. „Ich werde unsere Kinder und Enkelkinder nicht beneiden“, so Oz. Alle binationalen und multinationalen Staaten haben es laut Oz entweder schwer (wie Belgien und Spanien) oder sie sind schlicht zusammengebrochen (wie der Libanon, Zypern, Jugoslawien, Syrien, der Irak und zuletzt die Ukraine). Sollte es nicht zur Zwei-Staaten-Lösung kommen, müsse vorübergehend eine jüdische Diktatur entstehen, um die Einstaaten-Lösung zu verhindern. Am Ende dieser Entwicklung jedoch stünde ein Blutbad und ein arabischer Staat. Soweit Amos Oz. Ich teile seine Meinung voll und ganz. Und deshalb, meine ich, dürfen Israelis und Palästinenser nicht ausprobieren, was historisch völlig gescheitert ist – auch nicht aus Verzweiflung. Was bleibt, ist die Trennung (in Oz' Worten die Scheidung) bzw. die Zwei-Staaten-Option als einzige realistische Lösung. Nur: Wie erreicht man die?

„Israelis und Palästinenser dürfen nicht ausprobieren, was historisch völlig gescheitert ist – auch nicht aus Verzweiflung.“

Indem man erneut versucht, Endstatusverhandlungen wieder aufzunehmen. Das hört sich gut an. Doch kann unter den gegenwärtigen Umständen realistisch erwartet werden, dass solche Verhandlungen ergebnisorientiert sein werden? Meiner Meinung nach nicht. Denn weder die israelische noch die palästinensische politische Führung sind dazu fähig, mutig und mit dem notwendigen historischen Überblick die erforderlichen Entscheidungen für einen historischen Kompromiss zu treffen. Noch werden Bedingungen und Vorbedingungen gestellt, die für beide Seiten unannehmbar sind. Noch meinen beide Gesellschaften, mit dem gegenwärtigen Paradigma zu gut bedient zu sein. Wie lange noch?

Die Tatsache, dass die Rahmenbedingungen für Verhandlungen über die Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung zur Zeit nicht realistisch sind, bedeutet noch längst nicht, dass man nichts tun sollte. Um die Idee der zwei Staaten am Leben zu erhalten, müssen folgende Schritte ergriffen werden: Israel muss den Siedlungsbau zumindest außerhalb der großen Blöcken Entlang der 1967er Linie stoppen. Gleichzeitig müssen Maßnahmen getroffen werden, die die wirtschaftliche Lage der palästinensischen Bevölkerung verbessern und den Prozess des Nation Building fortsetzen bzw. die Befugnisse der Palästinensischen Autonomiebehörde auch in die bislang ausschließlich von Israel kontrollierten C-Zonen des Oslo-Abkommens ausdehnen.

Israel sollte in Zusammenarbeit mit den USA, der EU und den sogenannten gemäßigten arabischen Staaten ernsthafte Maßnahmen ergreifen, um die verfahrenere Lage im Gazastreifen zu verbessern bzw. zu stabilisieren. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn der tiefgreifende Konflikt zwischen der Hamas und der Fatah erlaubt es Präsident Mahmoud Abbas zurzeit nicht, die Verantwortung für die Sicherheit (in Gaza) zu übernehmen. Eins ist klar: Eine erneute Eskalation im Gazastreifen ist weder in israelischem noch in Abbas' Interesse.

Die palästinensische Führung sollte die einseitigen Maßnahmen, die sie zurzeit auf der internationalen Bühne unternimmt, einstellen. Zwar mag sie damit kurzfristig symbolische Erfolge erzielen, doch mit solchen wird sie die israelische Regierung nicht zu konkreten Zugeständnissen bringen.

Um schließlich die Rahmenbedingungen für die Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen zu schaffen, sollten die USA mit den anderen Mitgliedern des Nahost-Quartetts Russland, China und der EU eine Resolution des UN-Sicherheitsrats erarbeiten, die die Resolution 242 als neue Referenz für die Verhandlungen ersetzt. Diese neue Resolution sollte sich auf die Erkenntnisse der Kerry-Mission, die Road Map und die Clinton Parameter beziehen.

„Die einzige Idee, die die Unterstützung der Staatengemeinschaft verdient, ist die Zwei-Staaten-Lösung.“

Die oben erwähnten Schritte sollen helfen, die Idee der Zwei-Staaten-Lösung am Leben zu erhalten. Alle anderen Träumereien sollten mit Hinblick auf die historische Erfahrung zu den Akten gelegt werden. Die einzige Idee, welche die Unterstützung der Staatengemeinschaft verdient, ist die Zwei-Staaten-Lösung. Denn wie hat Albert Einstein den Begriff Irrsinn definiert: „Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten“. Das wollen wir uns alle ersparen.

Von: Shimon Stein
Veröffentlicht am 15.06.2015

**d) Lena Altman / Shimon Stein,
Interview: 50 Jahre Israel und Deutschland – eine Bestandsaufnahme⁴⁵**

zeichen: Wie steht es um das Miteinander von Deutschen und Israelis nach 50 Jahren diplomatischer Beziehungen?

Shimon Stein: Viel besser als am Anfang. Und trotzdem würde ich behaupten, dass auch nach 50 Jahren eine Befangenheit im Umgang zwischen Deutschen und Israelis existiert. Auch, wenn es heute lockerer zwischen Israelis und Deutschen zugeht, wird uns eine auf die Schoah bezogene Befangenheit im Umgang miteinander noch eine Weile begleiten. Inwiefern können es also „normale Beziehungen“ sein?

Sie haben kürzlich geschrieben, dass die Fassade der deutsch-israelischen Beziehungen bröckelt, was meinen Sie?

Fassaden begleiten, wohin auch immer wir gehen. Interessant ist immer die Neugier, die durch eine Fassade geweckt wird: Was steckt dahinter? Das gehört dazu, wenn man Bilanzen zieht. Feierlichkeiten sind in gewisser Hinsicht eine Fassade. Sie überdecken strukturelle Unterschiede, die nicht immer zum Vorschein kommen. In diesem Fall neigt man dazu, sie zu ignorieren.

Woran hapert es in den deutsch-israelischen Beziehungen?

Zum Beispiel hapert es daran, wie die Mehrheit der deutschen Gesellschaft Israel wahrnimmt. Und dann hapert es zwischen den politischen Führungen. Die Deutschen erwarten von Israel eine aktive Haltung, aber sie begegnen einer israelischen Regierung, die sich auf den Status quo konzentriert.

Das Deutschlandbild vieler Israelis hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zum Positiven gewandelt.

Israelis sind heute sehr pragmatisch und differenziert. Man kommt einerseits nicht um die Vergangenheit herum, andererseits ist man offen für das neue Deutschland.

Welche Rolle kann eine Organisation wie Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in diesen Beziehungen spielen?

ASF ist als Folge der deutschen Geschichte ins Leben gerufen worden. Es ist zunächst ein deutsches Anliegen, etwas zu tun, zu sühnen. Als Brückenbauer, als diejenigen, die das neue Gesicht Deutschlands nach außen tragen wollten, hat ASF in Israel positive Spuren hinterlassen. Die Tätigkeit der jungen, in Israel engagierten Menschen bewerte ich als positiv. Überlebenden zu helfen,

⁴⁵ Das Interview entstand am Rande der Friedenskonsultation in Berlin. Es wurde gedruckt in der Zeitschrift „Zeichen“ der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Ausgabe 3, Winter 2015, S. 21

ist eine noble Aufgabe. Doch bald wird sich die Organisation neuen Aufgaben stellen müssen, weil die Überlebenden uns verlassen. Und einige neue Aufgaben hat der Verein ja schon – auch in Israel.

Welche Themen werden die deutsch-israelischen Beziehungen zukünftig prägen?

Zunächst die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte vor Kräften des radikalen Islam. Zweitens stellt die Globalisierung sowohl Deutschland als auch Israel vor große Herausforderungen. Als Exportnationen ist Innovation für beide von großer Bedeutung. Globalisierung beinhaltet auch positive wirtschaftliche und technologische Aspekte. Beides kann unsere Gesellschaften einigen.

Wenn Sie die deutsch-israelischen Beziehungen kurz beschreiben müssten...

Spannend, zufriedenstellend, frustrierend, bereichernd, aufklärerisch.

*Das Interview führte Lena Altman,
ASF-Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

e) Jutta Weduwen,

Schon vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen waren Freiwillige da -

*Die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel von 1961 bis heute*⁴⁶

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wurde 1958 auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegründet. Der Gründungsvater Lothar Kreyssig, ehemaliger Richter und Mitglied der Synode, sagte in seinem Gründungsaufwurf: „Wir Deutschen haben den zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmessbares Leid der Menschheit verschuldet. Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern. (...) Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben. Wir bitten heute, (...) dass sich um Gottes willen arbeitsfähige Männer aller Stände und Konfessionen bereit finden möchten, je auf ein Jahr nach Polen, Russland und Israel zu gehen, um dort ein gemeinsames Friedenszeichen zu errichten“.

Seit der Gründung von Aktion Sühnezeichen bemühten sich Kreyssig und andere Unterstützer und Begleiter der Arbeit um Kontakte zu den Ländern, die unter dem Terror der Nationalsozialisten gelitten hatten. Die Kontakte zu Russland und Polen gestalteten sich aufgrund der Herausbildung der politischen Blöcke zwischen Ost und West im Nachkriegseuropa als schwierig und langwierig, leichter waren die Kontakte zu west- süd- und nordeuropäischen Ländern. Die ersten Sühnezeichen-Freiwilligen begannen ihren Dienst in den Niederlanden (1959), in Norwegen (1959), in Griechenland (1960) und in Frankreich (1961). Es waren nicht nur Männer, wie im Gründungsaufwurf gefordert, sondern auch Frauen. Die ersten Tätigkeiten waren Bauarbeiten.

In Israel gab es im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung große Zurückhaltungen, überhaupt Kontakte zu Deutschland und Deutschen einzugehen.

Lothar Kreyssig, ein großer Visionär, hatte zunächst die Idee, in Jerusalem ein Haus der Begegnung zu errichten, in dem Juden, Katholiken und Protestanten miteinander leben sollten. Sie sollten in getrennten Gebetsräumen beten, in Wohnungen gemischt leben und sich in der Mitte zu Gesprä-

⁴⁶ Literaturverweis:

Bei Interesse, weiter in die Tiefe zu gehen und alle Zitate ausführlich zu finden:

Kammerer, Gabriele: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Aber man kann es einfach tun. Berlin, 2008. Zu beziehen über asf@asf-ev.de oder ASF-Büro: 030-28395 184.

chen treffen und sich nach außen für Alte und Kranke engagieren. Diese Idee fand wenig Zuspruch bei KreysSIGs jüdischen und christlichen Gesprächspartnern. Das Gespräch zwischen Juden und Christen nach der Schoah müsse sich langsam entwickeln und Rückzugsmöglichkeiten und Raum für Distanz bereit halten. So wurde dieses Projekt nicht weiter verfolgt. Anstelle dessen wurden, der Gründungsidee folgend, Kibbuzim gesucht, die Sühnezeichen-Freiwillige aufnehmen würden. Erschwert wurden diese Bemühungen durch den Eichmann-Prozess, der im Frühjahr 1961 in Jerusalem stattfand. Mit diesem Prozess wurde zum ersten Mal in Israel in der breiten Öffentlichkeit über die Schoah gesprochen. Überlebende kamen zu Wort, die Vorbehalte gegen Deutsche wuchsen. Die damalige Journalistin und Überlebende Inge Deutschkron schreibt über die Reaktion der Israelis auf den Eichmann-Prozess: „Was für ihre Eltern schreckliche Wirklichkeit gewesen war, existierte für die Jüngeren nur als mehr oder weniger ferne und unverständliche Geschichte. Der Eichmann-Prozess aber konnte sie in einem Maße wieder lebendig werden lassen, wie es keinem anderen Ereignis bisher möglich gewesen war. Während die jungen Israelis also den Glaskäfig⁴⁷ in erster Linie mit Neugier betrachten mochten, erweckte er bei den aus Europa stammenden Älteren Furcht“.

Die Bemühungen von Aktion Sühnezeichen, Partner in Israel zu finden, wurden von Anfang an von israelischen Regierungsstellen, unter anderem dem israelischen Außenministerium, begleitet. So entstanden Kontakte zum Kibbuz Urim im Negev. Die Aufnahme deutscher Freiwilliger wurde dort lange abgewogen. Der ehemalige Kibbuz-Bewohner Jehuda Riemer erinnert sich: „Wer wusste, mit wem man sich da einlassen würde? Auch wenn es sich um junge Leute handelte, fragte man sich: Wer waren ihre Eltern? (...) Aber aus Gründen, die mir heute schon nicht mehr klar sind, sei es die Tatsache, dass es in Urim wenig Leute gab, die von der Schoah direkt betroffen waren, dass man bereit war, auf das Abenteuer einzugehen, und vielleicht auch, weil einige Leute den Nutzen der jungen Arbeitskräfte für den Kibbuz vor Augen hatten; was immer die Gründe waren, es wurde beschlossen, die Anfrage der deutschen Gruppe positiv zu beantworten. Und so kam es, dass ich, als ich eines Tages im Herbst meinen Schafstall betrat, dort eine Gruppe junger Leute fand, die sich emsig mit der Ausmistung beschäftigten.“

Im Herbst 1961 reiste also die erste Gruppe von zehn Sühnezeichen-Freiwilligen nach Israel aus. Sie wurden für die alltäglichen Arbeiten im Kibbuz eingesetzt: in den Ställen, in der Fabrik, in der Küche und Waschküche und auf den Feldern. Dadurch standen die Freiwilligen tagtäglich im direkten Austausch mit den Chaverim, den Kibbuzmitgliedern. Diese hatten sich für die Aufnahme der Deutschen entschieden und sich damit bewusst auf einen Prozess eingelassen, der natürlich auch mit Unsicherheiten und weiteren Vorbehalten verbunden war. Das Eis, auf dem diese Annäherung stattfand, war dünn und beide Seiten begegneten sich zwar meistens höflich, aber mit Zurückhaltung. Jehuda Riemer beschreibt das so: „Drückten die oberflächlich freundschaftlichen Verbindungen unsere echten Gefühle gegenüber diesen jungen Menschen und gegenüber Deutschland aus? Was taten wir eigentlich, wenn wir uns förmlich zerrissen, um gute Beziehungen aufrecht zu erhalten? Wir wussten nichts über die Vergangenheit unsere Gäste. (...) Es stellte sich heraus, dass auch die Deutschen nicht offen zu sprechen wagten, und so entschieden wir, eine Reihe von Treffen zu organisieren.“ Die Freiwilligen wurden nach ihren Familien, nach dem Umgang mit der NS-Geschichte im Nachkriegsdeutschland, nach Antisemitismus und nach ihren Motiven für ihren Dienst in Israel gefragt. Sie reagierten teilweise offen, teilweise unwissend, teilweise erschreckt und häufig voller Scham. Diese Begegnungen waren zarte Anfänge einer Verständigung und Annäherung.

Aktion Sühnezeichen suchte weitere Partner und Projekte in Israel, an denen Freiwilligen helfend beteiligt sein könnten. Dabei gab es auch Ablehnungen. So votierte Anfang 1962 das Außenministerium und das israelische Parlament, die Knesset, gegen die Mithilfe von Sühnezeichen-

⁴⁷ Adolf Eichmann saß während des Prozesses in Jerusalem in einem Glaskasten.

Freiwilligen am Ausbau des Kinderheims „Ahava“. Der Kontakt zwischen Deutschen und jüdischen Kindern sollte vermieden werden.

Es konnten aber weitere Freiwillige in Kibbuzim entsandt werden und sich auch an dem Aufbau eines Blindenheims in Jerusalem beteiligen. In den vier Jahren, die der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Mai 1965 zwischen Deutschland und Israel vorausgingen, hatten schon mehrere Gruppen von Sühnezeichen-Freiwilligen in Kibbuzim und an Bauprojekten mitgewirkt. Aktion Sühnezeichen war somit auch durch die Kontakte auf politischer Ebene Vorreiter der staatlichen Beziehungen.

Innerhalb der eigenen Sühnezeichen-Reihen wurden die Freiwilligendienste in Israel von großen Diskussionen und Fragen begleitet: wie kann die Begegnung mit Israel, wie kann das christlich-jüdische Gespräch nach der Schoah, wie kann ein Zeichen der Sühne und Aussöhnung praktisch funktionieren? Was nehmen die Freiwilligen nach ihrem Dienst nach Deutschland mit und wie können sie die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Israel und mit der eigenen Vergangenheit beeinflussen? Der damalige Leiter des Israel-Programms, der Pfarrer Otto Schenk, suchte das Gespräch mit Martin Buber, dem großen jüdischen Religionsphilosophen. Er erinnert sich an seine Fragen an Buber: „Was kann die deutsche Jugend für die Aussöhnung mit Israel weiter leisten, wenn sie nach einem Jahr Arbeit und gemeinsamen Leben in Israel nach Deutschland zurückkehrt? Nun kommt zögernd die Antwort: kleine Kontakte, private werden bleiben, doch grundsätzlich weiterwirkende Arbeit kann nur von euch Deutschen selbst geschehen. (...) Plötzlich richtet (Buber) sich in seinem Sessel hoch und fragt mich erregt: Wollen Sie eine klare, ehrlich Antwort? Bitte: Die Aussöhnung mit dem Volk Israel ist keine Frage des deutsch-jüdischen Verhältnisses, sondern eine rein deutsche Problematik! Es gibt, glaube ich, (...) keine ernst zu nehmende Arbeit in Deutschland, die sich mit der Frage auseinandersetzt: Wie war diese Entmenschlichung möglich? Wo liegen die Wurzeln? Welches sind die Quellen? (...). Und trotzdem meint Buber – und er spricht es mit spürbarer Leidenschaft aus -, nur wir jungen Deutschen allein können die Tat der Aussöhnung, nicht mit dem Juden, sondern Aussöhnung mit uns selbst vollbringen.“

Die Worte Bubers demonstrieren die Rahmenbedingungen der ersten Begegnungen junger Sühnezeichen-Freiwilliger in Israel.

Inzwischen blicken wir auf 53 Jahre zurück, in denen mehr als tausend junge und ältere Menschen an einem Freiwilligendienst, Sommerlager oder Begegnungsprogramm in Israel mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF)⁴⁸ teilgenommen haben. Freiwilligendienste und Austauschprogramme in Israel sind für junge Deutsche inzwischen etabliert. Dazu hat ASF viel beigetragen.

Die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel wurde immer auch von kontroversen Diskussionen begleitet. Unsere Freiwilligen haben in Israel an vielen Stellen Kriege und militärische Auseinandersetzungen erlebt. Nicht immer war die politische Positionierung einfach oder innerhalb der Freiwilligengruppen einheitlich. Mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 bröckelte die gesellschaftliche Solidarität mit Israel, die es zumindest oberflächlich in Deutschland bis dahin gab, auch unter den Freiwilligen. Gleiches geschah in nachfolgenden Kriegen, vor allem Anfang der 1980 Jahre beim Libanon-Krieg, während der ersten und zweiten Intifada und auch während der militärischen Auseinandersetzung mit der Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gaza-Streifen. Die Freiwilligen sind daran politisch gewachsen. In Israel lernen sie, dem Bedürfnis zu widerstehen, politische Auseinandersetzungen unterkomplex zu beurteilen oder sich auf einfache Täter-Opfer-Schemata zurück zu ziehen. Wir erleben bei unseren Freiwilligen nach einem Jahr Aufenthalt ein hohes Maß an Reflexivität, mit dem sie verschiedene Positionen abwägen und sich einseitigen Erklärungen widersetzen können. Außerdem entwickeln sie eine hohe Sensibilität dafür, Antisemi-

⁴⁸ 1968 wurde mit der Vereinsgründung in Westdeutschland der Name der Organisation Aktion Sühnezeichen um das Wort Friedensdienste erweitert. Der Vorsitzende Richard Nevermann und Geschäftsführer Franz von Hammerstein begründeten dies: „Wir haben den Namen erweitert, weil so auf den ersten Blick deutlich wird, was wir erreichen wollen.“ Die Schwesterorganisation in der DDR blieb beim Namen Aktion Sühnezeichen.

tismus und die Grenze zwischen Israelkritik und Judenfeindschaft erkennen zu können. Das pädagogische Begleitprogramm, das Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ein großes Anliegen ist, hilft die Situation in Israel und im Nahen Osten in seiner historischen, politischen, gesellschaftlichen und geografischen Komplexität zu verstehen.

Seit vielen Jahren werden wir gefragt, wie die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sich mit zunehmendem Abstand zur Zeit des Nationalsozialismus weiter begründen kann, vor allem wenn die letzten Zeitzeugen und Überlebenden sterben. Die Frage nach den Zeitzeugen wird nun schon seit mindestens einem Jahrzehnt gestellt. Meine erste Antwort darauf lautet immer: noch leben sie und wir sollten sie nicht totreden, so lange sie noch bei uns sind. Selbst Überlebende der Konzentrationslager, die bei der Befreiung Jugendliche oder junge Erwachsene waren, können noch viele Jahre leben und erfreuen sich teilweise noch guter Gesundheit. Dies gilt demographisch umso mehr für die child survivors. Dennoch verändert sich die Begegnung mit den Überlebenden. Sie werden pflegebedürftiger und die Arbeit der Freiwilligen mit ihnen verändert sich entsprechend. Es ist sehr berührend zu sehen, welche schöne Freundschaften teilweise zwischen den Freiwilligen und Überlebenden über die Generationen und Jahre hinweg bestehen.

Die Traumata der Verfolgung und Vernichtung von Angehörigen lebt auch in den nachfolgenden Generationen weiter. Teilweise sind die Vorbehalte, Deutschen zu begegnen, bei Kindern und Enkelkindern sogar größer als bei der ersten Generation. Einige unserer Freiwilligen in Israel engagieren sich bei AMCHA, einem Verein, der Hilfe für traumatisierte Schoah-Überlebende anbietet. Die Hilfe richtet sich inzwischen auch an die nachfolgenden Generationen.

Das Motiv der Arbeit von Aktion Sühnezeichen bleibt die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte. Unsere Bildungs-, Öffentlichkeits- und Freiwilligenarbeit richtet sich gegen Judenhass, Rassismus, Antiziganismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit. Wie notwendig diese Arbeit ist, erleben wir in diesen Tagen sehr deutlich: Während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas im Juli und August häuften sich in Europa die Vorfälle judenfeindlicher Ausbrüche, die die Grenze zwischen Kritik an der israelischen Politik eindeutig überschritten und sich nicht gegen Israel, sondern Juden richteten und alte judenfeindliche Bilder bemühten.

Die Diskussionen um die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland werden häufig von rechtsextremen Stimmungsmachern begleitet, die Ängste schüren und einer Willkommenskultur widersprechen, Vorfälle rassistischer Übergriffe nehmen nicht ab.

Und im September 2014 veröffentlichte der Bund die Ergebnisse einer Studie, der zu Folge in Deutschland Ressentiments und Feindschaft gegenüber Sinti und Roma derzeit sehr massiv ausgeprägt sind.

Dies sind Anlässe für ASF, sich zu Wort zu melden durch Demonstrationen, politische Erklärungen, Kampagnen und Pressearbeit.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste möchte dazu beitragen, dass Frieden, Gerechtigkeit und Verständigung in den einfachen alltäglichen Begegnungen stattfinden können. Jährlich engagieren sich mehrere hundert junge Menschen in Freiwilligendiensten und Sommerlager in Gedenkstätten, mit Überlebenden, in der politischen und sozialen Arbeit gegen Ausgrenzung und Not. Sie leisten im Alltag viele Beiträge für Frieden, Gerechtigkeit und internationale und interreligiöse Verständigung. Diese Arbeit bleibt auch siebenzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs aktuell.

Die Erfahrungen in Israel zeigen uns an vielen Stellen, dass unser Weg viele Früchte durch Freundschaften, Annäherungen und konstruktive Auseinandersetzungen getragen hat. Dass sich die Chaverim des Kibbuz Urim vor 53 Jahren auf uns eingelassen haben, hat diese für uns wunderbare Arbeit in Israel begründet. Dafür sind wir sehr dankbar.

Jutta Weduwen ist Soziologin. Sie ist seit 2012 Geschäftsführerin bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und begann ihre Arbeit bei ASF 2001 als Israelreferentin. Sie hat von 1990 bis 1991 zur Zeit der Besetzung Kuwaits und des Golfkriegs an der Hebräischen Universität in Jerusalem studiert.

f) Nahost-Konflikt kein Blitzableiter für eigene Geschichtsbearbeitung,

Erklärung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zur aktuellen Situation in Israel und Palästina⁴⁹

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat sich (...) bezüglich öffentlicher Israel-Verlautbarungen bewusst zurückgehalten. Durch unsere langjährige Arbeit in Israel und in Deutschland wissen wir einerseits um die Komplexität der politischen Lage und die Schwierigkeit, ihr von Deutschland aus gerecht zu werden, andererseits um die Anfälligkeit in der deutschen Diskussion, Israel und die Palästinenser zu Projektionsfiguren zu machen, die dann die Träger der Last der deutschen Geschichte auf die eine oder andere Art werden. Der Vorstand von ASF will mit diesem Papier, die schon lange währende interne Diskussion aufnehmen und eine Stellungnahme zur Diskussion vorlegen zwischen Freiwilligen, ehemaligen Freiwilligen, dem politischen Umfeld und der Öffentlichkeit. Dabei ist anzumerken, dass nicht nur die Diskussion in der Mitgliedschaft von ASF sehr kontrovers ist, sondern auch im Vorstand unterschiedliche Akzentuierungen existieren.

Seit 41 Jahren ist Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in langfristigen Freiwilligendiensten in Israel tätig. Unser Zugang zu Israel findet vor dem Hintergrund unserer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vernichtung der europäischen Juden statt. ASF bekennt sich bewusst auch zur Schuld des europäischen Christentums am Jahrhunderte langen christlichen Antijudaismus, ohne den der rassistische Antisemitismus des Nationalsozialismus und dessen mörderische Folgen nicht zu erklären sind. Deshalb hat sich ASF seit Beginn als Organisation verstanden, die durch das Tun ihrer Freiwilligen praktische Solidarität mit dem jüdischen Volk übt. Das hat uns allerdings nicht gehindert, den arabisch-israelischen und jüdisch-palästinensischen Konflikt wahrzunehmen und uns mit unseren bescheidenen Mitteln für einen Friedensprozess zu engagieren. Spätestens seit dem Anschlag auf einen Bus mit ASF Freiwilligen in Nablus 1978, bei dem zwei unserer Freiwilligen ermordet wurden, ist nachvollziehendes Gespräch und die Begegnung mit der israelisch-palästinensischen Bevölkerung integraler Teil unserer Arbeit geworden. So gibt es neben der Konzentration unserer Projekte auf die Unterstützung und die Kommunikation mit Überlebenden der Shoah, auch Projekte im sozialpolitischen Bereich und Projekte zur Verständigung zwischen palästinensischen und jüdischen Israelis. Dabei erleben unsere Freiwilligen nicht erst seit der zweiten Intifada die große Spannung zwischen der Nähe zu den Überlebenden der Shoah, von denen viele durch die aktuellen Gewalttaten retraumatisiert werden, und der Verbitterung vieler palästinensischer Israelis, entstanden durch eine Atmosphäre des Misstrauens und der Diskriminierung.

ASF hat sich von Anfang an für die diplomatische Anerkennung Israels eingesetzt. Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Gerade deshalb stimmen uns manche Versicherungen der Anerkennung des Existenzrechts Israels skeptisch, da sie einen Ton durchklingen lassen, als ob dieses Existenzrecht disponibel wäre. Mit Freude nehmen wir die Fortschritte in den arabischen Ländern zur Anerkennung dieses Existenzrechts zur Kenntnis. Angesichts der nach wie vor erheblichen Wi-

⁴⁹ Ein Programmpunkt der Konsultation stellte eine Diskussionsrunde mit Vertretern der Aktion-Sühnezeichen Friedensdienste und eine anschließende Diskussion in Kleingruppe da. Grundlage waren Auszüge aus der nachstehenden Erklärung von ASF aus dem Jahr 2002. Aktion Sühnezeichen ist bereits vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel mit langfristigen Freiwilligendiensten in Israel präsent gewesen.

derstände, die in dieser Frage zu überwinden sind, bleiben wir noch hoffnungsvoll misstrauisch. Soviel jedenfalls ist klar: Substanzielle und nachhaltige Fortschritte werden nur erzielt werden können, wenn auch das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat endlich verwirklicht wird.

(...)

Es muss ein politischer Weg gefunden werden. Dieser umschließt die Garantie für beide Seiten, gewaltfrei und in Sicherheit leben zu können. Wir kritisieren deshalb auf der palästinensischen und der israelischen Seite die Kräfte, die zu einer weiteren Eskalation beitragen und in der Logik der Gewalt verharren.

(...)

Das Geschehen im Nahen Osten bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf die Situation in Deutschland. Ungeachtet des besonderen historischen Hintergrunds des deutsch-israelischen Verhältnisses kommt es immer wieder zu Israel-feindlichen Äußerungen. Es häufen sich Aussagen deutscher Politiker, welche die Grenze zwischen differenzierter Israelkritik und antiisraelischen bzw. antisemitischen Positionen eindeutig überschreiten. Es zeigt sich in manchem Statement, dass hier der Konflikt im Nahen Osten zum Blitzableiter eigener Geschichtsbearbeitung wird.

Eine gängige Formulierung in der deutschen Diskussion ist es, die Palästinenser als „Opfer der Opfer“ zu bezeichnen. Wir lehnen diese Kategorie auch im übertragenen Sinne ab, da die schematische Einteilung in Täter und Opfer die komplexen regionalen Machtverhältnisse sowie historische und politische Konstellationen außer Acht lässt. Die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtung in einen Kontext mit den Opfern der israelischen Besatzung zu setzen, suggeriert eine Analogie und bedeutet eine Relativierung des Holocaust, die eher auf eigene Verdrängungsmechanismen denn auf wirkliche Analysen aufbaut.

Eine weitere unreflektierte, aggressive Reaktion auf den Nahostkonflikt zeigt sich in den jüngsten antisemitischen Anschlägen in Europa. Politische Äußerungen zum Nahostkonflikt müssen – wollen sie einen ernsthaften Beitrag zur Befriedung des Konflikts leisten –, den sensiblen Kontext berücksichtigen, in dem sie rezipiert werden und vermeiden, vorhandene Ressentiments zu stärken.

Amos Oz hat in seiner Erklärung zu dem Konflikt vom April diesen Jahres, in der er sehr deutlich sagt, dass das Sicherheitsbedürfnis beider Seiten befriedigt werden muss, von einer feuerlöschenden Teelöffelkampagne gesprochen, bei der jede und jeder einen Teelöffel voll Wasser in das Feuer gießen soll. Unser Beitrag dazu besteht nicht darin, hier einen Stellvertreterstreit zu führen oder gut gemeinte Ratschläge in eine ausweglos scheinende Situation zu rufen, sondern nach den je eigenen Anteilen zu gucken.

Wir setzen Hoffnung in kreative staatliche und zivilgesellschaftliche Angebote und Handlungsformen, die eine friedliche Annäherung der Konfliktparteien befördern.

Wir werden trotz der schwierigen Situation unser Freiwilligenprogramm in Israel fortsetzen. Dabei stehen wir in ständigem Kontakt mit der deutschen Botschaft, um die Sicherheit unserer Freiwilligen kompetent einschätzen zu können. Aufgrund unserer Erfahrung, dass die Begegnung mit Menschen eines der wirksamsten Mittel der Verständigung ist und weil Israel durch die schwierige Sicherheitslage einen hohen Verlust an Besuchern und damit auch GesprächspartnerInnen zu verzeichnen hat, rufen wir dazu auf, bei sorgfältiger Beachtung von Sicherheitsfragen, weiter die Begegnung mit und in Israel zu suchen.

g) „Wir vertrauen auf die besondere Rolle Deutschlands“⁵⁰

Palästinensische Mission – Botschafterin Dr. Daibes an die NEUE RUNDSCHAU

Jetzt, kurz vor der Sommerpause, nehme ich mir einen Moment Zeit, die Ereignisse des vergangenen Jahres zu reflektieren. Nach vielen Begegnungen und Gesprächen in den letzten Monaten, in denen wir unsere Bemühungen für die dringend benötigte Lösung für Palästina und Israel intensiviert haben, erlaube ich mir einige Bemerkungen und Gedanken. Genau vor einem Jahr bombardierte Israel in einem mehrwöchigen Krieg den Gaza-Streifen, der das Leben von 2.100 Palästinensern und 73 Israelis (67 Soldaten und sechs Zivilisten) gefordert hat. Mehr als 11.000 Palästinenser blieben verletzt zurück oder wurden vertrieben, die Blockade des schmalen Küstenstreifens besteht unverändert fort.

Am vergangenen Freitag hat der UN-Menschenrechtsrat den Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission zur israelischen Aggression auf den Gaza-Streifen im Sommer 2014 adoptiert. 45 Länder, darunter Deutschland stimmten für diesen Beschluss.

Leben, mit dem was ist – Wie lange noch?

Wir müssen realistisch sein. Weder der Bericht noch der Beschluss des UN-Menschenrechtsrates werden sofort etwas an der Situation der Menschen in Gaza ändern. Darüber hinaus kann die anhaltende Blockade und Verschlechterung der humanitären Lage zu einer weiteren Konfrontation führen. Gaza, wie AM Steinmeier es bei seinem letzten Besuch im Mai in Palästina formulierte, ist ein „Pulverfass“, das jederzeit explodieren kann. Die Situation wird sich nicht durch militärische Gewalt verbessern, egal wie stark auch Israels Armee ist. Sie wird sich auch nicht durch die Marginalisierung bestimmter Akteure oder mittels Kollektivbestrafung fast zwei Millionen unschuldiger Zivilisten verbessern. Tatsächlich erscheinen Methoden des gewalttätigen Widerstandes gegen die Besatzung erfolgreicher als gewaltlose Strategien. Wir stehen vor innerpalästinensischen Herausforderungen, an deren Lösung wir arbeiten. Doch grundlegend behindern diese nicht eine Lösung. Sie werden vielmehr durch einen Mangel an politischer Lösung und Hoffnung verstärkt.

Vision für eine politische Lösung

Die Vision von zwei Staaten, wird von Europa seit frühesten Tagen unterstützt und diese Vision hat sich nicht verändert, weder in Deutschland noch in Palästina, doch die Art und Weise, wie diese sie erreicht werden kann, ist verwirrend. In meinen Gesprächen werde ich oft mit dem dringenden Wunsch, die Parteien wieder an den Verhandlungstisch zurückzubekommen, konfrontiert. Ich stimme mit meinen Gesprächspartnern darin überein, dass dringend eine Lösung benötigt wird. Und als unter fast fünf Jahrzehnten Besatzung fremdbestimmtes Volk wollen wir dies mehr denn je. Doch das Ziel einer Verhandlungslösung hat sich im Laufe der Zeit hinweg zum Verhandlungsstopp subsumiert. Der Verhandlungsprozess wurde nicht dazu entwickelt, um immer weiter anzudauern, ohne ein Ende zu erreichen. Er dient nicht dazu, den israelischen Regierungen Zeit zu verschaffen, die Besatzung als Kolonisation aufrecht zu erhalten. Und er wurde sicherlich nicht geschaffen, Israel ein Veto über unser Selbstbestimmungsrecht einzuräumen und zu entscheiden, ob und wann Palästina von unabhängigen Staaten als Staat anerkannt wird.

Welche Möglichkeiten haben wir?

Wollen wir uns zurücklehnen und abwarten, nachdem die UN das vergangene Jahr als das „tödlichste Jahr“ seit Beginn der Besatzung nannten? Wollen wir zum bewaffneten Widerstand zurück-

⁵⁰ <https://rundschau-hd.de/2015/07/palaestinensische-mission-botschafterin-dr-daibes-wir-vertrauen-auf-die-besondere-rolle-deutschlands/>, zuletzt aufgerufen am 27.05.2016

kehren? Oder wollen wir auf multilateralen Institutionen und Mechanismen setzen, die zur Regelung internationaler Beziehungen dienen?

Die PLO hat sich für die internationale Diplomatie entschieden, denn wir haben die Pflicht, unsere Bürger zu schützen. Wir glauben an die universellen Prinzipien und internationale Mechanismen. Unsere Initiativen an den UN-Sicherheitsrat sind der Tatsache geschuldet, dass der Friedensprozess klare Parameter aufweisen muss, um erfolgreich zu sein. Wir haben dem Internationalen Gerichtshof (IGStGH) Unterlagen übergeben, weil dies der beste Weg ist, mit einem Aggressor umzugehen und dies vor einem Gericht geschieht anstatt mit Aggression zu reagieren. Die Anerkennung unserer eigenen Staatlichkeit benötigen wir, weil wir der festen Überzeugung sind, dass eine Zwei-Staaten-Lösung auch zwei Staaten erfordert, bevor es nicht mehr möglich ist. Wir handelten in dem Glauben, dass diese Schritte ein Umfeld schaffen werden, das letztendlich für alle Parteien von Nutzen ist.

Die EU sollte diese Strategie unterstützen ...

und Maßnahmen ergreifen, um umfassend und wirksam ihre eigenen Rechtsnormen in Bezug auf die israelische Besatzung umzusetzen. Danach ist die EU verpflichtet, letztere nicht anzuerkennen. Nach den Leitlinien über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeit in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten im Hinblick auf EU-finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente muss weitaus mehr getan werden:

Staaten dürfen die Besatzung Palästinas weder direkt noch indirekt unterstützen, u.a. indem Produkte und Waren verboten werden, die aus illegalen Siedlungen stammen und deren natürliche Ressourcen völkerrechtswidrig ausbeuten. Dieser Grundsatz sollte in allen bilateralen Abkommen zwischen der EU und Israel (auch zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten und Israel) mit formaler Überprüfung dieser Vereinbarungen, wenn sie nicht erfüllt sind, enthalten sein. Die Gegner der Zwei-Staaten-Lösung haben sehr schnell „Boykott“ gerufen, was aber mit einer Ächtung nichts zu tun hat. Es hat vielmehr etwas mit der fehlenden Gültigkeit israelischer Souveränität in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten zu tun. Die EU erkennt die israelische Hoheit über die besetzten Gebiete nicht an. Vergangene Woche hat das US-Außenministerium diese Unterscheidung ebenfalls eindeutig bekräftigt.

Wir verstehen

Wir verstehen, dass Deutschland eine besondere Beziehung zu Israel hat. Nach vielen Jahren in Deutschland weiß ich das sehr gut. Angesichts der aussichtslosen Situation und fehlenden politischen Perspektive ist Deutschlands Unterstützung dringend erforderlich. Wir verlangen keine besondere Behandlung. Aber wir vertrauen darauf, dass Deutschland auch weiterhin eine besondere Rolle als Mitglied der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, als Gründungsmitglied des ICC und derzeitiges Mitglied des UN-Menschenrechtsrates spielt und im Einklang mit dem EU- und Völkerrecht handelt. Wir betonen dies, weil wir noch immer nach einer gerechten und verhandelten Zwei-Staaten-Lösung im Interesse aller Palästinenser und Israelis gleichermaßen streben.

Dies gibt mir Anlass, mich bei Ihnen für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr zu bedanken. Die gemeinsame Arbeit hat trotz manch schwieriger Zeiten Freude gemacht und war vom Willen nach Verständigung und Vertiefung der Beziehungen gekennzeichnet. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erholsame, friedliche Sommerpause und freue mich auf die Fortsetzung unserer wichtigen Arbeit im September.

Berlin, 09. Juli 2015
 Dr. Khoulood Daibes
 Botschafterin Palästinas

7. Die Autorinnen und Autoren

Lena Altman

Jahrgang 1980

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Berlin

Katja Dorothea Buck

Jahrgang 1971

Religionswissenschaftlerin und Journalistin, Tübingen

Khouloud Daibes abu Dayyeh

Jahrgang 1965

Botschafterin Palästinas in Deutschland, Berlin

Henning Flad

Jahrgang 1973

Politologe, Referent für das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ bei der Diakonie Deutschland, Berlin

Mechthild Gunkel

Jahrgang 1960

PfarrerIn in Darmstadt, Friedensbeauftragte des Reformierten Bundes

Martin Heimbucher

Jahrgang 1955

Kirchenpräsident der Evangelisch-reformierten Kirche, Leer

Christine Kimmich

Jahrgang 1947

Pastorin im Ruhestand, Leer-Loga

Ulrich H.J. Körtner

Jahrgang 1957

Ordinarius (Professor) für Systematische Theologie (Reformierte Theologie) an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien

Karin Kneissl

Jahrgang 1965

Energieanalytikerin und Nahostexpertin, Seibersdorf (Österreich)

Gerd Naber

Jahrgang 1948

Lehrer im Ruhestand, Nordhorn

Jens Nieper

Jahrgang 1969

Nahostreferent des Berliner Missionswerkes und Geschäftsführer des Jerusalemvereins, Berlin

Paul Oppenheim

Jahrgang 1948

Pastor und Regionalreferent im Kirchenamt der EKD bis 2013, Hannover

Ulf Preuß

Jahrgang 1965

Pressesprecher der Evangelisch-reformierten Kirche, Leer

Reinhold Robbe

Jahrgang 1954

Politiker (SPD), langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages von 2005 bis 2010, seit dem bis 2015 Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Berlin

Shimon Stein

Jahrgang 1948

Israelischer Diplomat, Botschafter Israels in der Bundesrepublik Deutschland von 2001 bis 2007, Tel Aviv/Berlin

Martin Stöhr

Jahrgang 1932

Pfarrer, Hochschullehrer und Akademiedirektor im Ruhestand, Bad Vilbel

Karsten D. Voigt

Jahrgang 1941

Politiker (SPD), langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Berlin

Jutta Weduwen

Jahrgang 1964

Soziologin, seit 2012 Geschäftsführerin bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste